



ONLINE

# DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
November 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Der G20-Gipfel in Korea

INTERNATIONALE REAKTIONEN

### Inhalt

- Seite 2  
*Argentinien*
- Seite 6  
*Brasilien*
- Seite 9  
*China*
- Seite 13  
*Großbritannien*
- Seite 16  
*Indien*
- Seite 21  
*Indonesien*
- Seite 24  
*Korea*
- Seite 27  
*Mexiko*
- Seite 30  
*Russland*
- Seite 33  
*Südafrika*
- Seite 36  
*Türkei*
- Seite 39  
*U.S.A.*

Der G20-Gipfel vom 11.-12. November 2010 in Seoul war das erste Treffen der Gruppe der 20 wirtschaftsstärksten Nationen in einem Schwellenland sowie im asiatischen Raum. Nach dort verschieben sich die wirtschafts- und geopolitischen Gewichte zusehends – davon zeugten auch Verhandlungsarithmetik sowie Ergebnisse des Gipfeltreffens in Korea. Handfeste Resultate sind die Verabschiedung des Basel III-Regelwerks zur Stärkung der Eigenkapitalvorschriften für Banken sowie die veränderte Stimmrechtsverteilung im Internationalen Währungsfonds. Dazu war bereits auf dem Treffen der G20-Finanzminister im Oktober ein Kompromiss erreicht worden, der als echter Durchbruch für die Schwellenländer auf dem Weg zu einer ausgewogeneren Einflussnahme auf eine der zentralen Institutionen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gelten kann.

Zwölf Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung von vier Kontinenten berichten über Erwartungen an, Verlauf sowie Ergebnisse des jüngsten G20-Gipfels aus der Perspektive ihrer jeweiligen Länder – die alle zur G20 gehören.

Für das Format der G20 hat mit dem Gipfel in Seoul eine Übergangszeit begonnen: Der Zusammenhalt und die Kompromissbereitschaft, die das Forum im Höhepunkt der weltweiten Finanzkrise geprägt haben, beginnt sich abzuschwächen. Unterschiedliche Interessenlagen – insbesondere zwischen Ländern mit Handelsbilanzdefiziten einerseits und Ländern mit Überschüssen in ihren Salden andererseits – treten immer deutlicher zutage. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Agenda für die Gruppierung nach der Zeit der Finanzmarktkrise aussehen wird. Welcher Themen wird sich dieses Forum in Zukunft annehmen? Wie kann die G20 anhaltende Herausforderungen wie die wachsende Staatsverschuldung – vor allem unter den Industriestaaten der G20 – oder die globalen Ungleichgewichte wirkungsvoll angehen? In welchem Verhältnis positionieren sich G20 und die weiterhin bestehende Gruppe der G8 zueinander? Bisher arbeiten die G20 ohne institutionelle Strukturen operativ unter der Führung des jeweiligen Vorsitzlandes. Dieses kann über die Agenda und die Auswahl zusätzlich einladender Gastländer Einfluss auf die Gipfeltreffen ausüben. Die Mechanismen der G20 sind unbürokratisch und daher von relativ hoher Flexibilität geprägt. In der Zeit der akuten Krisenbekämpfung hat sich dies bewährt. Es bleibt zu abzuwarten, ob diese Form der Club Governance für die G20 weiterhin Bestand haben kann.



## REAKTIONEN AUS ARGENTINIEN

**Die Nachrichtenlage in Argentinien war in den vergangenen Wochen vom Tod Néstor Kirchners, des Ex-Präsidenten Argentiniens und Ehemanns der aktuellen Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner, beherrscht. Vor allem die Neudefinition der innenpolitischen Fronten entwickelte sich zum herausragenden Thema. Die Frage war, wer im Apparat der Casa Rosada die Rolle des Machtpolitikers und Strippenziehers Kirchner würde ausfüllen können. Zumindest vorübergehend wurden andere bedeutende nationale und internationale Ereignisse nicht oder nur sehr am Rande wahrgenommen.**

Nach Beendigung der kolossalen Trauerfeierlichkeiten und nach Wiederaufnahme der Regierungsgeschäfte durch die Präsidentin traten andere Themen langsam wieder ins Blickfeld – so auch das Treffen der Staats- und Regierungschefs der G20 in Seoul. Zunächst aber waren es nicht in erster Linie die Inhalte des Treffens, die das öffentliche Interesse auf sich zogen. Vielmehr wurde mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, wie die Präsidentin den ersten wichtigen außenpolitischen Auftritt nach dem Tod ihres Mannes bewältigen würde. Angesichts einer Präsidentin in Trauer war die Tonlage der Berichterstattung und Diskussion in den öffentlichen Medien insgesamt, aber auch mit Sicht auf das G20-Treffen für argentinische Verhältnisse relativ gedämpft und weniger kontrovers. Dennoch fiel die Bewertung des Gipfels nicht einheitlich aus.

Was waren die politischen Themen, die die argentinische Regierung setzte? Welche Fragen spielten unter Experten und in den öffentlichen Medien eine wesentliche Rolle? Aus der am Ende doch umfangreichen öffentlichen Debatte stachen folgende Themen heraus.

### „Währungskrieg“

Besonders der sogenannte, die Stabilität der Weltwirtschaft bedrohende „Währungskrieg“ wurde intensiv kommentiert. Er drängte beispielsweise die Diskussion um die Finanzreform in den Hintergrund.<sup>1</sup> Häufig gab es die vereinfachende Wahrnehmung, dass sich im Währungsstreit zwei große Meinungsgruppen gegenüber ste-

hen würden. Zu der einen Gruppe gehörten demnach die Schwellen- und Entwicklungsländer, die sich weigerten, auf eine eigene Wechselkurspolitik zu verzichten, und die nicht gewillt seien, eine Aufwertung ihrer Währung zuzulassen. Die zweite Gruppe bilde sich aus einigen Industrieländern, die bestrebt seien, ihr Defizit über eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exporte abzubauen. Allerdings bestehe in dieser Gruppe keine absolute Einstimmigkeit, da die expansive Geldpolitik der USA zu Meinungsverschiedenheiten mit Europa geführt habe. Intensiv wurde die Haltung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel wahrgenommen, als sie US-Präsident Barack Obama aufforderte, die Auswirkungen der Geldpolitik seiner Regierung auf die restliche Welt zu bedenken. In Argentinien wurde das Auftreten der Bundeskanzlerin für eine „Offensive“ gegen die USA oder auch für ein freundliches „Augenzwinkern“ gegenüber China gehalten.<sup>2</sup>

Einmütig wird Argentinien in der Währungsfrage an der Seite der BRIC-Staaten – Brasilien, Russland, Indien, China – verortet. So äußerte Präsidentin Cristina Fernández die Sorge, dass der Währungs- und Handelskrieg die in den Industrieländern vorherrschende Stagnation auf Drittländer – darunter Argentinien – übertragen könne, welche bisher von diesen Schwierigkeiten weitgehend verschont geblieben seien. Die argentinische Regierung hob darüber hinaus hervor, dass sie nicht bereit sei, auf eine eigene Währungspolitik zu verzichten. Auch werde sie weiterhin die Kontrolle über kurzfristige Kapitalzuflüsse ausüben.<sup>3</sup>

Die der Regierung nahestehenden Medien unterstützten die offiziell vertretene Haltung. Dabei argumentierten sie, eine von den Industrieländern geforderte Aufwertung der Währungen in den Schwellenländern werde die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exportgüter vermindern und zugleich die Importe aus den Industriestaaten verbilligen. Damit werde die Wachstumskrise über den Handel auf die Schwellenländer übertragen.<sup>4</sup> Darüber hinaus sei zu befürchten, dass ein geringeres Wirtschaftswachstum Chinas die wirtschaftliche Lage Afrikas und Lateinamerikas, die ihre Produkte, vor allem Rohstoffe, in das Reich der Mitte exportieren, empfindlich treffen werde.

---

<sup>1</sup> Vgl. Clarín, 10.11.2010, S. 22.

<sup>2</sup> Vgl. Ebd.

<sup>3</sup> Vgl. Página 12, 10.11.2010, S. 6.

<sup>4</sup> Vgl. Buenos Aires Económico, 8.11.2010, S. 1.



In verschärfter Form wird der Interessengegensatz zwischen Industrie- und Schwellenländern insbesondere in einigen regierungsnahen Medien dargestellt. Nicht ohne Häme titelt eine regierungsnaher Zeitung: "Die G20 diskutiert, wer die Kosten der Krise tragen soll."<sup>5</sup> Angedeutet wird, dass die Gruppe der Industrienationen die Schuld für den Kollaps der Finanzmärkte trage, nun aber versuche, die Schwellenländer mit in die Verantwortung zu ziehen. So werde die G20-Runde zum Schauplatz eines weltweiten Konflikts, in dem die Industriestaaten vor allem durch die Rezepte des Internationalen Währungsfonds versuchten, ihre Interessen durchzusetzen, und andererseits die Schwellenländer bestrebt seien, die ihnen gemäßen, eigenen Politikansätze zu verteidigen.<sup>6</sup>

Bereits vor Beginn des Gipfels hatten die Äußerungen des südkoreanischen Präsidenten Lee Myung-bak, nach denen keine Einigung im „Währungsstreit“ zu erwarten sei, die allgemein ohnehin bestehende Skepsis mit Blick auf die Erfolgchancen des Seouler Treffens weiter befördert. Nach dem Gipfel fühlten sich viele Kommentatoren bestätigt. So wurde das Schlusssdokument meist als eine Erklärung guter Absichten dargestellt. Ein wirklicher Aktionsplan sei darin nicht zu sehen. Als Begründung für das als eher dürrig angesehene Ergebnis wurde angeführt, dass sich der „Sturm“ über den Finanzmärkten, der noch vor kurzem entschiedene Maßnahmen erforderte, gelegt habe und die beteiligten Staaten nun wieder zu ihren individuellen Positionen zurückgekehrt seien.<sup>7</sup> Eine noch pessimistischere Lesart erklärte das Treffen in Seoul gänzlich für gescheitert, da die Gefahr künstlicher Währungsabwertungen und protektionistischer Maßnahmen ungemindert fortbestehe.<sup>8</sup>

Auch die möglichen Folgen des als unzureichend kritisierten Übereinkommens wurden öffentlich diskutiert. So erwartet der ehemalige argentinische Wirtschaftsminister José Luis Machinea für Lateinamerika einen starken Dollarzufluss und eine verstärkte Tendenz zur Aufwertung der hiesigen Währungen. Dies wiederum könne zu protektionistischen Maßnahmen führen. Somit bestünden "mehr Risiken eines Rückfalls in die Situation von 1930. Besonders hart betroffen sind Länder, die dem Handel gegenüber besonders offen stehen und unter diesen wiederum die Entwicklungsländer".<sup>9</sup>

#### "QE2"

Im Zusammenhang mit dem "Währungskrieg" wurde die jüngste Entscheidung der USA diskutiert, ihre Dollar-emissionen über das Quantitative Easing 2 (QE2) zu erhöhen.

In der Bewertung zeigen sich die Kommentatoren geteilt. So gibt es viele Stimmen, die vor den wirtschaftlichen Verzerrungen einer erheblichen Dollarschwächung warnen. Andere Analysten meinen hingegen, die neue Geldexpansion stelle nur eine moderate Summe in Relation zur Größe der amerikanischen Volkswirtschaft dar, und sie schätzen die Inflationsgefahr daher als eher gering ein. Nach dieser Sichtweise hat die Maßnahme der Federal Reserve Bank eher strategisch-politische, denn wirtschaftliche Gründe. So gehe es der Fed möglicherweise darum, die internationale Debatte über die Wechselkurse mit zu steuern und zu untermauern, dass die amerikanische Notenbank die Initiative in der internationalen Geldpolitik behalte.<sup>10</sup> Auch innenpolitische Motive werden vermutet: Die jüngst in den Kongresswahlen zum Ausdruck gekommene Unzufriedenheit der US-Bevölkerung habe mit einer weiteren Maßnahme zur Stimulierung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes beantwortet werden müssen.<sup>11</sup>

Gleichzeit flammte vor dem Hintergrund der währungspolitischen Entscheidungen in den USA die Diskussion wieder auf, ob es nicht sinnvoller sei, die globalen Devisenreserven zu diversifizieren, um die Weltwirtschaft gegen die Schwankungen der bisherigen Leitwährung US-Dollar abzufedern. Eine zunehmend starke Rolle falle demnach den Währungen der Schwellenländer – auch den Währungen lateinamerikanischer Staaten – zu, die sowohl von Investoren der Privatwirtschaft, als auch von den Zentralbanken immer mehr als Devisenreserven eingesetzt würden.<sup>12</sup> Allgemein herrschte aber der Eindruck vor, dass mehr Übereinstimmung bezüglich der Schwächen des gegenwärtigen Systems bestehe als bezüglich einer gangbaren Alternative in der Zukunft.<sup>13</sup>

#### Reform der multilateralen Finanzinstitutionen

<sup>5</sup> Vgl. Página 12, 10.11.2010, S. 6.

<sup>6</sup> Vgl. Tiempo Argentino, 6.11.2010, S 2-3.

<sup>7</sup> Vgl. La Nación, 13.11.2010, S. 2.

<sup>8</sup> Vgl. La Prensa, 12.11.2010, S. 3.

<sup>9</sup> Vgl. José Luis Machinea, Diario Perfil, S.26.

<sup>10</sup> Vgl. Buenos Aires Económico, 8.1.2010, S. 18.

<sup>11</sup> Vgl. José Siaba Serrate, Ámbito Financiero, 8.11.2010, S. 10.

<sup>12</sup> Vgl. Martín Redrado, El Cronista Comercial, 8.11.2010, S. 6.

<sup>13</sup> Vgl. La Nación, 9.11.2010, S. 6.



Die von der G20-Runde beschlossenen Reformen des IWF wurden von der argentinischen Regierung ausdrücklich begrüßt und als Verwirklichung eigener Positionen in Anspruch genommen. Die Zusammensetzung und Funktionsweise der gegenwärtigen internationalen Ordnung sei dadurch gerechter, demokratischer und repräsentativer geworden. In den der Regierung kritisch gegenüberstehenden Medien wurde hingegen darauf hingewiesen, dass die Reform zwar die Position der BRIC-Länder verbessere, nicht aber die Argentiniens selbst, da der Stimmenanteil des Landes, der heute bei 0,86 Prozent liegt, weiter reduziert werde.<sup>14</sup>

Seit langem ist das Verhältnis der argentinischen Regierung zum IWF höchst angespannt. Dem Währungsfonds wird – so die in Argentinien häufig geteilte und populäre Meinung – eine Hauptschuld für die wirtschaftlichen Probleme Argentiniens in der Vergangenheit angelastet. Die jährlichen Prüfungen durch den IWF (gemäß Art. IV seiner Satzung) lässt die argentinische Regierung nicht zu und weigert sich, die Frage der Auslandsschulden beim Pariser Klub unter Mitwirkung des IWF zu verhandeln. Stets wurde in der Vergangenheit die Legitimität des Fonds in Frage gestellt. Insofern war es keine Überraschung, dass sich die argentinische Delegation in Seoul für größeren Einfluss und ein erhöhtes Stimmgewicht für Entwicklungsländer einsetzte.

Zur offiziellen Position Argentiniens auf dem G20-Gipfel gehörten darüber hinaus die Forderungen nach einer schärferen Kontrolle der Rating-Agenturen, nach einer vermehrten Regulierung der Steuerparadiese sowie nach der Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen. Sparanstrengungen in den nationalen Haushalten hielt die argentinische Regierung hingegen nicht für sinnvoll, sondern sprach sich für weitere Schritte zur Ankurbelung des Konsums aus.

In informellen Expertenrunden war gelegentlich die Rede davon, dass die argentinischen Positionen auf dem G20-Gipfel den wirtschaftlichen Kurs der Regierung im Inland argumentativ mit absichern sollen, der stark auf die Aufrechterhaltung eines hohen Konsums unter Inkaufnahme erheblicher Inflationsraten setzt. Es bestehe die Möglichkeit, dass die Regierung im bevorstehenden Wahljahr das G20-Forum verstärkt dazu nutzen werde, die eigene Politik auf internationaler Bühne ideologisch zu erhöhen, indem sie sie als Gegenmodell zu weltweiten liberalistischen Tendenzen darstellt.

### **Die Verhandlungen mit dem Pariser Club**

Selbst wenn es kein Thema war, das für das G20-Treffen insgesamt Bedeutung besaß, kamen die längere Zeit etwas aus dem Blickfeld geratenen Verhandlungen mit dem Pariser Club im Zusammenhang mit dem Gipfel wieder mit auf die politische Tagesordnung der argentinischen Öffentlichkeit. Zwar verneinte die argentinische Regierung, Gespräche mit den Gläubigern Argentiniens eingeleitet zu haben, aber verschiedene Medien meldeten, Vertreter der Regierung hätten den Gipfel dazu genutzt, einen letzten Versuch vor Ablauf der gegenwärtigen Präsidentschaftsperiode zu unternehmen, um eine Lösung der Schuldenproblematik mit den staatlichen Gläubigern Argentiniens im Pariser Club zu finden. Die Verschuldung beträgt rund 6,7 Milliarden US-Dollar, wobei Deutschland mit 2,7 Milliarden Dollar der größte Gläubiger ist.

Zwei Tage nach dem Gipfel kündigte die Präsidentin in einer landesweit ausgestrahlten Fernseh- und Rundfunkansprache an, dass die Gläubiger eine Einigung akzeptiert hätten, bei der der IWF nicht eingeschaltet werde. Kurz darauf beschrieb der argentinische Außenminister, Héctor Timerman, dies als großen Triumph argentinischer Diplomatie. Als chancenreich wurde am Rande des Gipfels ein Kompromiss gehandelt, der Argentinien erlaubt, halbjährliche Barzahlungen zu leisten, und zwar über einen Zeitraum von maximal drei Jahren und ohne Abschlag auf das geschuldete Kapital.<sup>15</sup>

### **G20-Business-Summit in Seoul**

Die Erwartungen der argentinischen Unternehmer im Zusammenhang mit dem parallel stattfindenden Business-Summit in Seoul waren im Wesentlichen darauf ausgerichtet, klar zu machen, dass die Antworten auf die Finanzkrise nicht für alle gleich sein könnten, sondern den Entwicklungsstand der einzelnen Volkswirtschaften berücksichtigen müssten. Nach den Verlautbarungen regierungsnaher Medien ging es vor allem darum zu verhindern, dass die Industrienationen andere dazu drängten, bestimmte Maßnahmen zu beschließen, die sie selbst in ihren Ländern nicht umzusetzen bereit seien. Unter anderem wird der Abbau von Handelshemmnissen angeführt, wie sie etwa auf dem europäischen Agrarmarkt für auswärtige Anbieter weiter bestehen.<sup>16</sup>

---

<sup>14</sup> Vgl. El Cronista Comercial, 25.10.2010, S. 6.

---

<sup>15</sup> Vgl. Clarín, 12.11.2010, S. 31.

<sup>16</sup> Vgl. Buenos Aires Económico, 10.11.2010, S. 5.



Eine eher konservative Tageszeitung sieht die Unternehmer mit in der Pflicht. Vor allem große Konzerne könnten zu einem größeren Gleichgewicht innerhalb der internationalen Handelsbeziehungen beitragen. Ein herausragendes Ziel müsse es sein, die Abhängigkeit der Weltwirtschaft vom US-Konsum zu vermindern. Auch gehe es darum, Möglichkeiten zu suchen, wie die großen Außenhandelsüberschüsse etwa von China und Deutschland anders als bisher absorbiert werden könnten. Die Lösung wird vor allem in der Erschließung neuer Märkte gesehen, was allerdings mit großen Anstrengungen verbunden sei. Auch Gefahren drohten: Unter anderem wird auf die Furcht von Unternehmen vor willkürlichen Eingriffen etwa der chinesischen Regierung in die Wirtschaft hingewiesen.<sup>17</sup>

Deutliche Kritik der regierungsnahen Presse erfährt das Schlussdokument des Business-Summits. Es enthalte keine Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut, lautet der zentrale Vorwurf. Aber auch insgesamt gingen die Forderungen der Unternehmerschaft in die falsche Richtung: Sparmaßnahmen und Rückführung der öffentlichen Verschuldung, verbesserte Bedingungen für Unternehmen etwa bei Steuern und Abgaben sowie Sicherungen gegen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft leisteten einem „erneuten Liberalismus Vorschub“. <sup>18</sup> Der Aufruf der Unternehmer, die Doha-Runde abzuschließen, sowie die Warnung vor dem Aufkommen eines erneuten Protektionismus werden ebenfalls als Bedrohungen für die wirtschaftliche Lage in den Entwicklungsländern gewertet.

#### **G20 – eine Chance für Argentinien**

Die Bewertungen des Gipfels der Regierungschefs in Seoul lassen durchscheinen, dass die G20 – ungeachtet aller Einzelergebnisse – als treues Abbild der Schwierigkeiten einer Weltwirtschaft angesehen wird, in der vor allem der asiatische Einfluss immer deutlicher wird und die Vormachtstellung der USA verblasst. Zwar werden die konkreten Resultate meist als dürftig empfunden, doch gilt die G20 weiterhin als geeignete Basis für den Aufbau eines neuen globalen Steuerungssystems. Außerdem besteht weitgehender Konsens darüber, dass die Beteiligung Argentinien an dem Forum eine außerordentliche Chance darstellt. Es eröffne dem Land die Möglichkeit, sich als wichtiger Akteur auf internationaler Bühne und als einflussreicher regionaler Gesprächspartner zu profilieren. Noch wird allerdings das Defizit be-

klagt, dass sich die öffentliche Debatte um die Rolle Argentinien innerhalb der G20 erst in einem Anfangsstadium befindet.

#### **Kontakt:**

#### **KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG AUSLANDSBÜRO ARGENTINIEN**

Suipacha 1175, Piso 3  
C1008AAW Buenos Aires  
Argentinien

Tel. +54-11 4326 2552  
Fax +54-11 4326 9944

[info.buenosaires@kas.de](mailto:info.buenosaires@kas.de)  
[www.kas.de/argentinien](http://www.kas.de/argentinien)

<sup>17</sup> Vgl. La Nación, 9.11.2010, S. 6.

<sup>18</sup> Vgl. Tiempo Argentino, 13.11.2010, S. 5.



## REAKTIONEN AUS BRASILIEN

„Der Währungskrieg geht weiter“. So titelte eine der auf-lagenstärksten Tageszeitungen Brasiliens, der Globo, am Tag nach dem Treffen der G20.

Bereits im September hatte der Finanzminister Brasiliens, Guido Mantega, als erster von einem drohenden Währungskrieg gesprochen. Seither erschien der Begriff auf zahlreichen Titelseiten weltweit und wurde bereits im Vorfeld des Gipfels ausführlich diskutiert. Für Brasilien hat das Thema höchste Priorität, da das Land mit der am stärksten überbewerteten Währung, dem brasilianischen Real, zum Gipfel fuhr.

### Erwartungen im Vorfeld

Der Real befindet sich bereits seit Monaten im Höhenflug. Lag der Wechselkurs Ende 2008 noch bei rund 0,45 US-Dollar befindet er sich heute bereits auf einem Stand von knapp 0,60 US-Dollar. Spekulationen und ein hoher Zufluss von ausländischem Kapital werden mit für den Anstieg des Real verantwortlich gemacht – zum Ärger der Exportsektoren des Landes. Brasilien hat in diesem Jahr bereits ein Außenhandelsdefizit von 2,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit eine Steigerung um 190 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Durch den starken Real wurden nicht nur Investitionen aus dem Ausland angelockt, sondern auch ein Trend zu mehr Konsum der Brasilianer im Ausland ausgelöst. Als Maßnahme hatte die Regierung bereits den Satz der IOF (Imposto sobre Operações de Crédito), einer Steuer auf Finanzoperationen, die auf Kurs-, Kredit-, Versicherungs- und Wertpapiergeschäfte anfällt, zuerst Anfang Oktober von 2 auf 4 Prozent, und kurz darauf auf 6 Prozent angehoben. Doch bis auf eine leichte Abschwächung hat sich an der Tendenz zur Aufwertung bisher nichts verändert.

### Doppelte Besetzung beim Gipfel

Das Treffen in Seoul wurde darüber hinaus für die frisch gewählte Präsidentin Dilma Rouseff zum ersten Auftritt auf internationaler Bühne. Sie wird ab 1. Januar 2011 das Amt übernehmen. Sie begleitete den aktuellen Präsidenten Lula zum Gipfel und wurde in der Runde der Staatschefs der G20 vorgestellt. Dilma nahm zwar noch nicht an den offiziellen Sitzungen teil, kündigte jedoch bereits öffentlich während des Gipfels an, bei den Maßnahmen der aktuellen Regierung zu bleiben. Als Reaktion auf die Bekanntgabe einer erneuten Geldmengenausweitung von 600 Milliarden US-Dollar in den Vereinigten Staaten und der damit einhergehenden Abwer-

tung des Dollars erklärte sie, dass andere Länder die Rechnung Amerikas bezahlen müssten. Die forcierte Abwertung einer Währung bezeichnete sie als verdeckten Protektionismus. Angesichts der Situation werde Brasilien Maßnahmen ergreifen müssen, die sie jedoch noch nicht weiter konkretisieren wollte.

Der scheidende Präsident Lula war mit der Ankündigung zu seinem letzten G20-Gipfel angereist er sei „zu alt zum Streiten“. Mehrfach appellierte er an den Geist von Solidarität unter den Mitgliedsländern, der bisher innerhalb der G20 geherrscht habe. Spekulationen, die G20 sei als Gremium bereits gescheitert, widersprach er vehement. Vielmehr verwies er auf die Fähigkeit der Länder zur Diskussion und konterte mit der Aussage, dass sich selbst die Schwellenländer – in ihrer Rolle als Opfer der letzten großen Krise – innerhalb des Gremiums zur Debatte und Lösungsfindung bereit gezeigt hätten. Der Real habe sich um 80 Prozent gegenüber den Währungen der größten Handelspartner Brasiliens aufgewertet. Spekulationen bedrohten vor allem die Schwellenländer, welche flexible Wechselkursregime bräuchten, die die Wirtschaft der Länder wiedergäben. In seiner Rede nutzte er die Gelegenheit, eine Bilanz seiner 8-jährigen Regierungszeit zu ziehen und hob die Erfolge der letzten Jahre hervor. Besonders erwähnte er Brasiliens Erfolg bei der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise, die dank der Regierungsentscheidung zu einer Politik der Stärkung des Konsums im Inland innerhalb von nur sechs Monaten überstanden gewesen sei. Bezüglich der Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums erwähnte er zusätzlich, dass Brasilien die Millenniumsziele erreichen würde.

### Mantega vs. Geithner

Brasiliens Finanzminister Guido Mantega fiel innerhalb der Konferenz als einer der Wortführer der Anschuldigungen gegen die Geldpolitik der USA, repräsentiert durch den Finanzminister der Vereinigten Staaten Timothy Geithner, auf und zweifelte damit direkt an der Aussage des US-amerikanischen Präsidenten Obama. Dieser hatte betont, dass was gut für die USA auch gut für die Welt sei, und betonte damit die Rolle der Vereinigten Staaten als Zugpferd der Weltwirtschaft. Obama hatte damit die Flutung der Märkte mit 600 Milliarden US-Dollar zu rechtfertigen versucht. Mantega führte hingegen an, die jüngsten geldpolitischen Eingriffe hätten negative Auswirkungen auf den Rest der Welt, vor allem durch die Aufwertung der Währungen der Schwellenländer. Die USA erfüllten mit der Abwertung des Dollar nicht ihre Verantwortung für eine Währung, die weltweit als Reservewährung genutzt werde. Letztlich zeigte er



sich jedoch zufrieden, dass mit der Diskussion innerhalb des G20-Forums und der Brandmarkung des „Währungsdumpings“ moralische Sanktionen gegen die Länder mit künstlich niedrig gehaltenem Wechselkurs verhängt würden. Auf die Frage, was sich durch den Gipfel in der Praxis geändert habe, antwortete Mantega: „Länder, die bis zum nächsten Gipfel 2011 nichts getan haben, werden erklären müssen, warum“. Dies wertete er als großen Erfolg des Gipfels. Zudem zeigte er sich zufrieden mit der schnellen Unterzeichnung von Basel III innerhalb von nur zwei Jahren im Gegensatz zur Verabschiedung von Basel II, welche zehn Jahre bis zur Implementierung gedauert habe. Basel III erhöht die Mindesteinlagen von Eigenkapital für Banken von 8 auf 13 Prozent und soll so das staatliche Bail-out, also das Einspringen der Regierung im Falle einer Bankenkrise, verhindern.

#### **Neustrukturierung des IWF**

Die Einigung des Gremiums auf eine Neustrukturierung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zugunsten der Schwellenländer, darunter Brasilien, China und Indien, war bereits im Vorfeld bekannt geworden. Mit diesem Schritt soll die Struktur des IWF künftig auch die wirtschaftliche Bedeutung der aufstrebenden Staaten widerspiegeln. Brasilien wird zukünftig als zehntstärkste Macht innerhalb der IWF auftreten und zusammen mit den anderen so genannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) über 15 Prozent der Stimmen sowie über ein Veto-Recht verfügen. Marco Aurélio Garcia, Berater des Präsidenten Lula, sieht in dem Organ bereits eine Art Finanzministerium der G20. Die Entscheidungen des IWF würden nach der Umstrukturierung von Finanzministern und Zentralbankchefs weltweit beobachtet werden und in deren Entscheidungen mit einfließen.

#### **Die Resonanz zu Hause**

In Brasilien selbst wurde der Gipfel vor allem in Hinblick auf die Ergebnisse zur Währungspolitik beobachtet. Während weitgehendes Einvernehmen darüber herrscht, dass die starke Überbewertung des Real abgebaut werden muss, sind sich nicht alle über die Mittel einig. Kritiker führen an, dass Brasilien keineswegs einer der Hauptleitragenden der US-amerikanischen Geldpolitik sei. Auch wenn durch die Entscheidung der amerikanischen Zentralbank Federal Reserve eine Steigerung von Kapitalströmen nach Brasilien durchaus möglich ist, sei die Überbewertung vielmehr hausgemacht. Brasilien hält mit einem Leitzins von 10,75 Prozent einen Rekordwert

und damit auch die Teuerung der Währung aufrecht. Dazu kämen andere Faktoren, wie die hohe Steuerlast, die zur Preissteigerung der Produktion und damit zu sinkender Wettbewerbsfähigkeit der brasilianischen Exportgüter auf dem Weltmarkt führten.

Negative Resonanz fand die Abwesenheit des Präsidenten beim letzten G20-Gipfel in Toronto. Dies habe beim Treffen in Seoul dazu geführt, dass Brasilien Teile seiner starken Position innerhalb des Gremiums habe einbüßen müssen. Der Präsident hatte seine Abwesenheit mit der Überschwemmung weiter Teile des Nordostens Brasiliens durch starke Regenfälle begründet, bei deren Hilfsmaßnahmen er hatte anwesend sein wollen. Allerdings hatten auch der Finanzminister Mantega sowie der Chef der Zentralbank, Henrique Meirelles, beim vorhergehenden Treffen der Minister in Gyeongju durch Abwesenheit geblüht. Die Teilnahme, so wurde hinterher vermeldet, sei wegen des Endspruchs der Präsidentschaftswahl sowie der Notwendigkeit der persönlichen Begleitung von nicht näher spezifizierten Maßnahmen zur Besteuerung von ausländischen Investitionen nicht möglich gewesen. Es handle sich dabei jedoch keinesfalls um einen Boykott, wie mancherorts vermutet wurde; vielmehr hätten innenpolitische Themen zu diesem Zeitpunkt Priorität gehabt. Die fehlende brasilianische Präsenz fiel vor allem deshalb ins Gewicht, weil die-se bisher als Initiatoren und ambitionierte, aktive Teilnehmer gegolten hatten.

#### **Die Aussicht auf 2011**

Als „Viel Rhetorik, wenig konkrete Ergebnisse“ fasste die Zeitung o Globo letztlich den Gipfel zusammen. Damit bezieht sie sich in erster Linie auf den Umgang mit der Währungspolitik, für welche bisher keine verbindlichen Abmachungen getroffen wurden. Das Abschlusspapier, der so genannte „Seoul Action Plan“, beinhaltet hierzu zwar Absichtserklärungen, nennt jedoch keine konkreten Ziele oder Sanktionen für die Nichteinhaltung. Konkrete Schritte, auch zur Beobachtung der Länder auf ihre Krisenanfälligkeit hin oder Risikofaktoren innerhalb der Weltwirtschaft anhand verschiedener Indikatoren, wurden auf das nächste Treffen in Frankreich im kommenden Jahr verschoben.

Trotz allem brachte der Gipfel die Erkennung und Benennung von Problemen innerhalb der Teilnehmerländer als ersten Schritt zu deren Lösung. Hierzu gehört auch die Festlegung der Gruppe auf einen Wechselkurs, der vom Markt geleitet werden soll. Auch das Ziel, unilaterale Verhandlungen zu Handelsabschlüssen aufrecht zu erhalten, ist ein positives Signal für Brasilien, das ver-



gleichsweise wenige bilaterale Handelsbeziehungen pflegt. Auch die Neustrukturierung des IWF liegt im Interesse Brasiliens. Die Umverteilung der Stimmrechte zugunsten der Schwellenländer spiegelt deren Potenz als Wirtschaftsmächte wieder und wird mit der Neupositionierung des Organs zu-künftig eine wichtige Rolle spielen. Nun bleibt abzuwarten, ob die Ankündigungen konkreter Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden oder ob es bei bloßen Lippenbekenntnissen bleibt. Dies wird sich jedoch erst 2011 in Frankreich zeigen – dann mit Dilma Rouseff als neuer Präsidentin.

**Kontakt:**

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
AUSLANDSBÜRO BRASILIEN**

Rua Guilhermina Guinle, 163, Botafogo  
22270-060 Rio de Janeiro - RJ  
Brasilien

Tel. +55 21 2220 5441  
Fax +55 21 2220 5448

[Adenauer-Brasil@kas.de](mailto:Adenauer-Brasil@kas.de)  
[www.kas.de/brasilien](http://www.kas.de/brasilien)



## REAKTIONEN AUS CHINA

**Nicht nur die chinesischen Medien, sondern auch deutsche und internationale Pressevertreter sehen in der Volksrepublik China einen der Gewinner des fünften G20-Gipfels, der am 11. und 12. November dieses Jahres in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul und damit zum ersten Mal in Asien sowie in einem aufstrebenden Schwellenland stattgefunden hat. Der chinesische Staatschef Hu Jintao zog insgesamt eine positive Bilanz. So fanden seine im Vorfeld bereits mit Nachdruck vertretenen Standpunkte zum Umgang mit Handelsüberschüssen und der eigenen Währungspolitik bei wichtigen Gipfelteilnehmern wie der Exportnation Deutschland großen Anklang und erlaubten die weitestgehende Durchsetzung chinesischer Interessen, insbesondere gegenüber den USA.**

### Schlagabtausch im Vorfeld des Gipfels

Dabei war es noch vor Beginn des Gipfeltreffens zu einem öffentlichen Schlagabtausch zwischen China und den USA gekommen. Die Vereinigten Staaten werfen der Volksrepublik bereits seit Jahren vor, den Wechselkurs des Yuan künstlich niedrig zu halten, um sich Wettbewerbsvorteile im Export zu verschaffen. Im Juni lockerten die Chinesen zwar die Bindung der landeseigenen Währung zum US-Dollar. Dass der Yuan anschließend lediglich 2 Prozent zulegte, war den Amerikanern allerdings deutlich zu wenig: Sie drohten Peking schließlich mit Handelssanktionen.<sup>19</sup>

Empörte Reaktionen von chinesischer Seite ließen nicht lange auf sich warten. Peking warf den amerikanischen Verantwortlichen vor, eine zu lockere Geldpolitik zu betreiben, die einer indirekten Wechselkursmanipulation gleichkäme. Dass die amerikanische Notenbank *Fed* plane, 600 Milliarden US-Dollar in den amerikanischen Markt zu pumpen, sei geradezu verantwortungslos. Diese Maßnahme erhöhe – so der Vize-Finanzminister der Volksrepublik – die Gefahr für Schwellenländer, Opfer von Spekulationsblasen zu werden. Eine Sichtweise, die u.a. auch von der deutschen Bundeskanzlerin geteilt wurde. Als Reaktion auf die angekündigten Maßnahmen der Notenbank stufte die chinesische Ratingagentur *Dagong Global Credit Rating* die Kreditwürdigkeit der USA von AA auf A-plus herab, und setzte damit das chine

---

<sup>19</sup> Vgl. „China und USA verschärfen Währungsstreit“, in: <http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/:furcht-vor-protektionismus-china-und-usa-verschaerfen-waehrungsstreit/50173399.html>, 23.09.2010.

sisch-amerikanische Kräfteressourcen vor Beginn des Gipfeltreffens fort.<sup>20</sup>

### Chinesische Harmoniebestrebungen

An anderer Stelle vollzog Peking hingegen einen auf Harmonie zielenden Kurs: Noch vor dem Startschuss zum koreanischen Gipfeltreffen war Hu Jintao Anfang November zu einer mehrtägigen Reise nach Frankreich aufgebrochen, das den G20-Vorsitz im Jahr 2011 inne haben wird. Hu sprach sich für den Ausbau der bilateralen Beziehungen zu den Franzosen und für die Stärkung einer strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern aus. Damit signalisierte er Präsident Nicolas Sarkozy seine Bereitschaft, auf dem nächsten Gipfel als starker Partner an Frankreichs Seite auftreten zu wollen. Untermuert wurden die guten Beziehungen durch den Abschluss von Wirtschaftsverträgen in Milliardenhöhe.<sup>21</sup>

An den Frankreich-Besuch Hus schloss sich ein eintägiger Aufenthalt in Portugal an. Seinem portugiesischen Amtskollegen sicherte Hu Hilfsmaßnahmen im Umgang mit der nachwirkenden Finanzkrise zu. Beiden Seiten bekräftigten ihren Wunsch, die bilateralen Beziehungen zu intensivieren und betonten das gemeinsame Vorhaben, globale Fragestellungen mit Bedeutung für folgende G20-Gipfel in Zukunft stärker gemeinsam zu erörtern. Auch der Portugal-Aufenthalt des chinesischen Staatsoberhauptes ging mit der Unterzeichnung diverser Handelsverträge einher.<sup>22</sup>

### Machtverschiebungen innerhalb der G20

Die deutliche und mitunter konfrontative Positionierung der Volksrepublik China in Richtung USA, sowie der 'Schmusekurs' mit ausgewählten EU-Akteuren im Vorfeld des G20-Forums zeigte – wie schon im Juni dieses Jahres auf dem kanadischen Gipfel –, dass sich China als einflussreicher Akteur auf der internationalen Bühne und im multilateralen Dialog versteht. Das Selbstverständnis

---

<sup>20</sup> Vgl. „China stellt Bonität der USA in Frage“, in: <http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,728400,00.html>, 10.11.2010.

<sup>21</sup> Vgl. „Chinese president meets French leaders on bilateral ties, G20“, in: [http://news.xinhuanet.com/english2010/china/2010-11/06/c\\_13593912.htm](http://news.xinhuanet.com/english2010/china/2010-11/06/c_13593912.htm), 06.11.2010.

<sup>22</sup> Vgl. „President Hu winds up European trip“, in: [http://www.chinadaily.com.cn/china/2010hurope/2010-11/08/content\\_11513954.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2010hurope/2010-11/08/content_11513954.htm), 08.11.2010.



der Volksrepublik spiegelte sich in der chinesischen Berichterstattung über das Gipfeltreffen wider. Diese war erneut umfangreich und stellte häufig auf das Durchsetzungsvermögen Hu Jintaos insbesondere gegenüber den USA ab.

Der Volksrepublik China gelang es, ihr weltpolitisches Gewicht auszubauen und das unipolare System im Dialog mit den Vereinigten Staaten herauszufordern. Tatsächlich hatte sich US-Präsident Barack Obama in vielerlei Hinsicht den Interessen Chinas und anderer G20-Mitglieder beugen müssen. Weder bei der Debatte um chinesische Wechselkursmanipulation noch bei der Limitierung von Handelsbilanzdefiziten und Exportüberschüssen konnten die USA Erfolge erzielen. Zwar wird China seit jeher nicht nur von den USA, sondern auch von anderen Staaten für seine Geldpolitik kritisiert. Diese zogen im Rahmen des Gipfels allerdings nicht mit, so dass die Diskussion um einen unterbewerteten Yuan zu keiner Zeit im Vordergrund der Beratungen stand und es den USA damit nicht gelang, die Volksrepublik zum Sündenbock zu deklarieren.<sup>23</sup>

Ähnliches zeigte sich in Bezug auf die amerikanische Forderung nach Exportquoten. Obama hatte gemeinsam mit seinem Finanzminister Timothy Geithner erklärt, dass Ausfuhrüberschüsse auf 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu begrenzen seien. Zwar stimmten die beiden größten Exportnationen China und Deutschland überein, dass Handelsungleichgewichte auf lange Sicht hin zu bearbeiten seien. Die von den USA geforderte Deckelung verstoße allerdings eindeutig gegen den Freihandelsgedanken und sei damit nicht tragbar – eine Argumentation, mit der sich die Exportnationen schließlich gegen die Amerikaner durchsetzten.<sup>24</sup>

Die sich andeutende Gewichtsverschiebung zu Gunsten Chinas wurde unterdessen nicht nur von chinesischen Pressevertretern thematisiert. Internationale Medien zählten die Volksrepublik und Deutschland ebenfalls zu den Gipfel-Gewinnern; die USA hingegen wurden zum Verlierer erklärt<sup>25</sup>, auch weil es dem US-Präsidenten zum wiederholten Male nicht gelungen war, ein bereits seit

längerem geplantes Freihandelsabkommen mit Südkorea abzuschließen.<sup>26</sup>

### Sanftere Töne im bilateralen Dialog

Nach den harten Worten, die in aller Öffentlichkeit zwischen den chinesischen und amerikanischen Lagern ausgetauscht worden waren, stimmten Hu und Obama im Rahmen ihres bilateralen Treffens versöhnlichere Töne an. Die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* ließ verlauten, dass beide Gesprächspartner gemeinsame Anstrengungen unternehmen wollten, um die vielschichtigen Beziehungen weiter auszugestalten. Hu Jintao bezeichnete den bisherigen wirtschaftlichen und strategischen bilateralen Dialog als positiv und kooperativ. Nun müsse er durch gemeinsame Anstrengungen auf eine neue Stufe gehoben werden. China sei zur weiteren Aufwertung des Yuan grundsätzlich bereit, wies aber darauf hin, dass Reformen nur Schritt für Schritt implementiert werden könnten. Gleichzeitig forderte er Barack Obama in Hinblick auf die amerikanische Geldpolitik einmal mehr dazu auf, immer auch die Auswirkungen wirtschaftlicher Maßnahmen auf die Schwellenländer zu berücksichtigen. Obama bekräftigte seinerseits das Ziel der USA, Impulse für eine nachhaltige Erholung der globalen Wirtschaft setzen zu wollen und unterstrich seine Vorfreude auf den für das kommende Jahr angesetzten Besuch Hu Jintaos in der amerikanischen Hauptstadt.<sup>27</sup>

Neben dem bilateralen Dialog mit den USA führte Hu Jintao Gespräche mit seinen südkoreanischen und russischen Amtskollegen Lee Myung-bak und Dimitry Medvedev. Der südkoreanische Präsident unterstrich die wichtige Rolle Chinas innerhalb der G20 und äußerte seinen Wunsch nach einer weiteren Stärkung der strategischen Partnerschaft. Hu wies darauf hin, dass beide Länder nicht nur geographische Nachbarn, sondern wichtige Partner seien. Als konstruktiver Gefährte leiste China den Südkoreanern gerne Hilfestellung bei der Verbesserung der süd- und nordkoreanischen Beziehungen.<sup>28</sup>

Das Treffen zwischen Medvedev und Hu verlief chinesischen Presseangaben zufolge ebenfalls harmonisch. Ei-

<sup>23</sup> Vgl. „Zufriedenheit in China, leere Hände in den USA“, in: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/gzwanzig178.html>, 12.11.2010.

<sup>24</sup> Vgl. „Fehde in aller Freundschaft“, in: [http://www.focus.de/finanzen/news/tid-20405/merkel-und-obama-fehde-in-aller-freundschaft\\_aid\\_571000.html](http://www.focus.de/finanzen/news/tid-20405/merkel-und-obama-fehde-in-aller-freundschaft_aid_571000.html), 11.11.2010.

<sup>25</sup> Vgl. „Zufriedenheit in China, leere Hände in den USA“, in: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/gzwanzig178.html>, 12.11.2010.

<sup>26</sup> Vgl. „South Korea, US fail to resolve trade deal row“, in: [http://www.chinadaily.com.cn/world/2010-11/11/content\\_11538072.htm](http://www.chinadaily.com.cn/world/2010-11/11/content_11538072.htm), 11.11.2010.

<sup>27</sup> Vgl. „China, U.S. presidents agree to further boost ties“, in: [http://www.chinadaily.com.cn/world/2010-11/11/content\\_11538072.htm](http://www.chinadaily.com.cn/world/2010-11/11/content_11538072.htm), 11.11.2010.

<sup>28</sup> Vgl. „Chinese president meets leaders on sidelines of G20 summit“, in: [http://news.xinhuanet.com/english/2010/china/2010-11/12/c\\_13602664.htm](http://news.xinhuanet.com/english/2010/china/2010-11/12/c_13602664.htm), 12.11.2010.



nig waren sich die beiden Politiker darüber, dass die BRIC-Staaten einen besonderen Beitrag zur bisherigen Reform des internationalen Währungssystems geleistet hätten. Der Erfolgskurs sollte zukünftig beibehalten werden. Darüber hinaus sei Hu bereit, in Kooperation mit Russland die Reform des internationalen Finanzsystems im Rahmen der G20 weiter voranzubringen und sich für ausgewogene Ergebnisse in der Doha-Welthandelsrunde einzusetzen. Schließlich vereinbarten beide Länder, ihre Zusammenarbeit im APEC-Forum und der *Shanghai Cooperation Organization* zu intensivieren.<sup>29</sup>

#### Chinas Forderungen an die zukünftige G20-Strategie

In seiner Rede im Plenum der G20 machte Hu Jintao die Teilnehmer darauf aufmerksam, dass eine endgültige Erholung von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nur unter Mitwirkung aller Akteure zu gewährleisten sei. Sämtliche wirtschaftliche und politische Maßnahmen müssten sich stets am Interesse der Menschheit orientieren. Das chinesische Staatsoberhaupt schlug einen Vier-Punkte-Plan vor, durch den ein gleichmäßiges Weltwirtschaftswachstum realisiert werden könne: Demnach gelte es zunächst, sich über einen Rahmenmechanismus zu einigen, unter dem die Forcierung eines starken, nachhaltigen und ausgeglichenen Weltwirtschaftswachstums gelingen könne. Darüber hinaus müsse es weitere Liberalisierungen des Handels und Reformierungen des internationalen Finanzsystems geben. Letztlich ginge es darum, das internationale Wirtschaftswachstum ausgeglichen zu gestalten. Dazu sei es notwendig, dass die Industriestaaten bei der Implementierung ihrer makroökonomischen Maßnahmen potentiell negative *spillover*-Effekte auf die Schwellenländer beachteten.<sup>30</sup>

#### Die Bedeutung der G20-Beschlüsse für China

Chinesische Medien ließen verlauten, dass die auf dem Gipfel gefassten Beschlüsse die zuvor dargelegten Inhalte und Standpunkte Pekings überwiegend widerspiegeln.<sup>31</sup> Tatsächlich erfuhr das selbstbewusste China durch die Verabschiedung der bereits im Oktober durch die G20-Finanzminister vorbereiteten Reform des IWF ein hohes Maß an Bestätigung. Diese hatten sich über eine

mögliche Neuregelung der Machtverhältnisse beraten und vorgesehen, die Stimmrechte von Schwellenländern zu erweitern. Dies war von chinesischer Seite bereits auf dem vorangegangenen G20-Gipfel in Toronto gefordert worden. Durch den Beschluss avanciert die Volksrepublik nun zum drittgrößten Anteilseigner des IWF hinter den USA und Japan und drängt Deutschland damit auf Platz vier.<sup>32</sup>

Das Basel III-Regelwerk zur globalen Finanzmarktregulierung als zweite Schlüsselreform des Gipfels wurde ebenfalls unter chinesischer Zustimmung gebilligt. Basel III benennt die im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgeschlagenen Erweiterungen der als Basel II bezeichneten Eigenkapitalvorschriften für Banken. Laut dem Beschluss sollen die Kreditinstitute zukünftig stärker in die Pflicht genommen und ihre Eigenkapitalvorschriften deutlich verschärft werden.<sup>33</sup>

Darüber hinaus einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf die Entwicklung von Maßstäben zum Umgang mit Ungleichgewichten im Außenhandel. Die Ausarbeitung von entsprechenden Mechanismen soll im kommenden Jahr von den G20-Finanzministern in Kooperation mit dem reformierten IWF erfolgen und sich an verschiedenen Bemessungsindikatoren orientieren. Die Volksrepublik wird an diesem Prozess also maßgeblich beteiligt sein.<sup>34</sup>

Die Konflikte um Exportüberschüsse und staatlich gelenkte Wechselkurse konnten zwar nicht grundlegend gelöst, ein Handels- und Wechselkurskrieg aber verhindert werden. So verpflichteten sich die Teilnehmer dazu, „einen Abwertungswettkampf der Währungen [zu] vermeiden“ und Wechselkurspolitiken flexibler zu gestalten.<sup>35</sup> Außerdem beschlossen die Teilnehmer, auf protektionistische Maßnahmen wie etwa die Erhebung von Strafzöllen zu verzichten.<sup>36</sup>

<sup>29</sup> Vgl. ebd.

<sup>30</sup> Vgl. „Chinese president presents 4-point proposal for world economy at G20 summit“, in: [http://news.xinhuanet.com/english2010/china/2010-11/12/c\\_13603472.htm](http://news.xinhuanet.com/english2010/china/2010-11/12/c_13603472.htm), 12.11.2010.

<sup>31</sup> Vgl. „G20 echoes Hu's call for stable forex policies“, in: [http://www.chinadaily.com.cn/world/g20seoul/2010-11/13/content\\_11545036.htm](http://www.chinadaily.com.cn/world/g20seoul/2010-11/13/content_11545036.htm), 13.11.2010.

<sup>32</sup> Vgl. „IWF-Reform beschlossen“, in: <http://www.sueddeutsche.de/K5X38B/3703335/IWF-Reform-beschlossen.html>, 08.11.2010.

<sup>33</sup> Vgl. „Das ist keine große Überraschung, aber ein großer Erfolg“, in: <http://m.wirtschaftsblatt.at/wbh/international/wirtschaftspolitik/446610/xml/yoca.do>, 12.11.2010.

<sup>34</sup> Vgl. „Die Beschlüsse“, in: <http://www.faz.net/s/RubC9401175958F4DE28E143E6888825F6/Doc~E24E8C12025EE407A885CFB4ED13678B6~ATp/~Ecommon~Scontent.html>, 12.11.2010.

<sup>35</sup> Vgl. ebd.

<sup>36</sup> Vgl. „Großes Lächeln, kleiner Kompromiss“, in: <http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C2316>



Nicolas Sarkozy, der das nächste G20-Treffen im kommenden Jahr ausrichten wird, hat bereits angekündigt, die Reform des globalen Währungssystems ganz oben auf die Tagesordnung 'seines' Gipfels setzen zu wollen.<sup>37</sup> Dass die Chinesen bei der Neuordnung des Systems intensiv mitmischen werden, davon ist auszugehen – denn auf dem Gipfel in Seoul haben sie sich bereits als einflussreicher Akteur innerhalb der G20 behauptet. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass es bei dem Gipfeltreffen der 20 wichtigsten Staats- und Regierungschefs auch dieses Mal – von einigen wenigen konkreten Beschlüssen abgesehen – bei vielen vagen Erklärungen blieb.

**Kontakt:**

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
AUSLANDSBÜRO CHINA**

Office C 813  
Beijing Lufthansa Center  
No. 50, Liangmaqiao Road  
Chaoyang District  
100016 Peking

Tel. +86 10 6462 22 07  
Fax +86 10 6462 22 09

[Beijing@kas.de](mailto:Beijing@kas.de)  
[www.kas.de/china](http://www.kas.de/china)

---

[1FE44/Doc~E984BF3D70021415998746814328A06F2~ATpl~Ecommon~Spezial.html](#), 12.11.2010.

<sup>37</sup> Vgl. „Die Beschlüsse“, in:  
<http://www.faz.net/s/RubC9401175958F4DE28E143E6888825F6/Doc~E24E8C12025EE407A885CFB4ED13678B6~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 12.11.2010.



## REAKTIONEN AUS GROßBRITANNIEN

So gering die Erwartungen im Vorfeld an den G20-Gipfel waren, so wenig fand das internationale Zusammentreffen auch im Nachgang seinen Niederschlag in der öffentlichen Berichterstattung in Großbritannien. Das Urteil über die Ergebnisse klang trotzdem verhalten positiv, wobei die Medien der eigenen Regierung ein eher mäßiges Engagement bescheinigten.

Dabei wurde gern der Vergleich zum zweiten Gipfeltreffen der G20 in London 2009 gezogen und wie stark sich der damalige Premierminister Gordon Brown vor und während des Gipfels einbrachte. Vor diesem Hintergrund gab es vor allem von der Labour-Opposition harsche Kritik an dem jetzigen Ministerpräsidenten David Cameron. Die Schattenaußenministerin, Yvett Cooper, schrieb in einem Namensartikel in der *Financial Times*:<sup>38</sup>

*„So where then is the prime minister’s plan for the G20? Where is his strategy for building on the China visit and engaging with the US policymakers too? Why did he pay so little attention to EU plans for the G20 at the recent summit? It’s a far cry from Gordon Brown’s approach to the London summit last year.“*

Allerdings darf nicht vergessen werden, dass der Gipfel in 2009 ganz unter dem Eindruck der Finanzmarktkrise stand. Der Erwartungs- und Handlungsdruck war sehr hoch, wie auch die Bereitschaft zur Einigung. Ein Jahr später, in dem sich zeigt, dass die G20-Länder in sehr verschiedener Weise durch die Krise gekommen sind, ist diese Einigkeit nicht mehr in gleicher Weise zu erwarten gewesen. Es macht zudem einen Unterschied, ob solch ein Ereignis im eigenen Land stattfindet oder im fernen Seoul.

Die Medien dämpften schon von sich aus die Erwartungen an die Ergebnisse des Gipfels. Die Aufmerksamkeit galt vor allem der Auseinandersetzung um wirtschaftliche Ungleichgewichte sowie Wechselkurse. Dazu hieß es im *Daily Telegraph*:

*“Twelve months on, nationalism has replaced globalism. Peace and love have given way to currency wars. The imbalances are as entrenched as ever. And, most*

*frightening, the battle drums are beating for protectionism and trade barriers.“*<sup>39</sup>

Die *Financial Times*, die sehr ausführlich den Gipfel verfolgte, schrieb:

*„But the pervasive impression given by the G20 this autumn – one that has not been reversed by a series of preparatory meetings in advance of the summit – has been one of drift. The Seoul summit comes as global co-operation is at its weakest since the financial crisis began and a global ‘currency war’ is the hot topic.“*<sup>40</sup>

Der *Guardian* begleitete den Gipfel mit der Schlagzeile:

*„Trade tensions cast doubt on hope for global recovery pact – Protectionism fears and foreign exchange rates will dominate arguments over deep imbalances in fragile world economy.“*<sup>41</sup>

Der G20-Gipfel fiel für das Vereinigte Königreich in eine Zeit, in der die noch junge Regierung die Reformbereitschaft der eigenen Bevölkerung einem großen Test unterzieht. Die Wahlen am 6. Mai 2010 brachten dem Land zum ersten Mal seit 60 Jahren eine Koalitionsregierung. Der junge Ministerpräsident David Cameron steht einer Regierung aus Konservativen und Liberaldemokraten vor. Noch im Wahlkampf konnten kaum Schnittmengen zwischen diesen beiden Parteien ausgemacht werden. Ein halbes Jahr später legt dieses Bündnis ihren Bürgern geradezu ein Reformfeuerwerk vor. Es gibt kaum einen Politikbereich, für den nicht spürbare bis tiefgreifende Veränderungen vorgesehen sind.

Leitlinie ist die Idee der *Big Society* und der Zurücknahme des Staates. Zusätzlich zum Ideal, das man Cameron bei diesem politischen Ziel sehr wohl unterstellen darf, gibt es auch handfeste Gründe, die zu dieser Radikalität und diesem Reformtempo führen. Der britische Haushalt, der bereits durch ein strukturelles Defizit in den vergangenen Jahren gekennzeichnet war, hat durch die Finanzkrise in besonderer Weise gelitten.

---

<sup>39</sup> Vgl. <http://www.telegraph.co.uk/finance/financetopics/g20-summit/8114805/G20-tensions-rise-over-the-future-of-the-global-economy.html>.

<sup>40</sup> Vgl. *Financial Times*, 11.11.2010, Special Report, S. 1.

<sup>41</sup> Vgl. *Guardian*, 11.11.2010, S. 28.

---

<sup>38</sup> Vgl. *Financial Times*, 9.11.2010, S. 15.



Die Krise traf das Vereinigte Königreich mit großer Wucht. In der vergangenen Dekade hat sich die Wirtschaftsstruktur des Landes stark verändert. Finanzdienstleistungen wurden zum stärksten Wirtschaftssektor zu Lasten des produzierenden Gewerbes. Nicht zuletzt der frühere Premierminister Gordon Brown hat in seiner Zeit als Finanzminister wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen. Die enormen Unterstützungsleistungen für den Finanzsektor aus Steuermitteln führten 2009 zu einem Haushaltsdefizit von 11,5 Prozent des BIP, was in absoluten Zahlen über 110 Milliarden Pfund ausmacht. Für 2010 erwartet man ein Haushaltsdefizit von 12 Prozent.<sup>42</sup> Cameron ist fest entschlossen, dieses Defizit so schnell wie möglich zurückzuführen. Es ist dabei eine alte Erfahrung, dass man Einschnitte gleich am Beginn einer neuen Legislatur machen muss, wenn man die Chance haben will, von den Früchten solch einer Radikalkur noch selbst zu profitieren.

Die angekündigten Reformen sind deshalb mit erheblichen Einsparungen verbunden. Fast alle Ministerien müssen in den nächsten vier Jahren ihren Haushalt um rund 25 Prozent kürzen. Rücksicht wurde nur auf einige Teile im Bildungsbereich, der Verteidigung und bei der Entwicklungshilfe genommen.

Von diesen Entwicklungen war auch die Agenda der britischen Regierung für den G20-Gipfel bestimmt.

#### **Stabilität, Freihandel und Kampf gegen Ungleichgewichte**

Cameron machte immer wieder deutlich, dass das Treffen zu Vereinbarungen führen müsse, die ein Wachstum der globalen Wirtschaft ermöglichen und Stabilität garantieren. Vor dem *Business 20-Summit*, der parallel in Seoul tagte, stellte er besonders drei Schwerpunkte heraus: Stabilität, Kampf gegen Protektionismus und für Freihandel und Kampf gegen Ungleichgewichte:

*"Business needs to know we are going to have a stable global economy in order to invest. (...). I think one of the main purposes of this G20 should be to show that we are going to fight protectionism in all its forms. (...) To me, the issue is this: one of the problems that lay behind the 2008 crisis was the fact that we had a wall of saving, a wall of money in the east and a wall of debt in the west. This imbalance of money, this massive surplus of cash*

*seeking out places to invest, led to all the problems of new bonds and financial instruments being created and the asset bubbles in the west that, when they burst, caused so much damage."*<sup>43</sup>

Es entsprach Camerons pragmatischem Politikansatz, die Erwartungen von seiner Seite aus nicht zu hoch zu schrauben. Großbritannien war nicht in einer Position, weitreichende Vorschläge zu unterbreiten und dafür Mehrheiten zu gewinnen. Es war vielmehr sehr rational, sich in die Agenda der anderen europäischen Staaten einzufügen.

Vor diesem Hintergrund war es ebenfalls klug, seine weite Reise mit einem vorgelagerten Besuch in China zu verbinden. Wenn die Delegation auch etwas kleiner als die nach Indien einige Wochen zuvor war, so war es die größte Delegation, mit der ein britischer Regierungschef bisher jemals in China antrat. Neben wichtigen Ministern wie George Osborne (Finanzen), Vince Cable (Wirtschaft), Michael Gove (Bildung) und Chris Huhne (Energie und Klimawandel) begleiteten Cameron Vertreter von fast 50 führenden britischen Unternehmen.

#### **Mission: Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum**

Das Ziel der Reise war offensichtlich: Es ging vor allem darum, die wirtschaftlichen Beziehungen auszubauen und wichtige Verträge abzuschließen. In den Zeitungen wurde häufig auf die in über 16 Milliarden Euro Höhe dotierten Verträge, die Frankreich am 5. November mit China vereinbarte, verwiesen. Vergleichbares war nicht zu erwarten. Aber Cameron setzte das Ziel, das Handelsvolumen Großbritanniens mit China in den nächsten fünf Jahren auf rund 100 Milliarden US-Dollar zu erhöhen.<sup>44</sup>

Der Zeitpunkt war nicht unkritisch: So kurz nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Chinesen Liu Xiaobo und der harschen Reaktion seitens der chinesischen Regierung wurden klare Worte in Richtung Einhaltung der Menschenrechte erwartet. Ein Umstand, der Gesprächen zur Wirtschaftsförderung mit China nicht gerade förderlich war. Es wurde dennoch anerkannt, dass Cameron einer wichtigen Sache im nationalen Interesse nachging.

<sup>42</sup>

[http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_7696.pdf?show=true](http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_7696.pdf?show=true)

<sup>43</sup> Vgl. <http://www.number10.gov.uk/news/speeches-and-transcripts/2010/11/pms-speech-at-the-g20-56895>.

<sup>44</sup> Vgl. <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748704635704575603723052794644.html>.



## Werben für 2018

Dieses nationale Interesse galt auch für eine andere Mission: dem Werben für die Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2018 in Großbritannien. Die Entscheidung dazu fällt am 3. Dezember 2010. Somit war der G20-Gipfel eine günstige Gelegenheit, bei den anwesenden Regierungschefs für eine Unterstützung die Trommel zu rühren. Manch eine Tageszeitung machte den Scherz von Premier Cameron publik, dass er mehr Zeit mit dem Werben für die Fußballweltmeisterschaft verbracht hatte als mit dem Gipfel selbst.<sup>45</sup>

Seine Rede beim *Business 20-Summit* eröffnete Cameron mit den Worten:

*„Everyone else has come to Korea for a business meeting or a G20; I’ve come just for a good night’s sleep.“*<sup>46</sup>

Es war eine Anmerkung bezogen auf seine Begrüßung, bei der seine neugeborene Tochter erwähnt wurde und einfach als eine sympathische Einlassung gemeint. Die Berichterstattung über den Gipfel hinterließ den Eindruck, man könne diese Einlassung durchaus wörtlich nehmen.

## Kontakt:

### KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG AUSLANDSBÜRO GROßBRITANNIEN

63D Eccleston Square  
London SW1V 1PH  
Großbritannien

Tel. +44 20 783441-19  
Fax +44 20 783441-34

[kas-uk@kas.de](mailto:kas-uk@kas.de)  
[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

---

<sup>45</sup> Vgl. <http://www.telegraph.co.uk/news/newstopics/politics/david-cameron/8125079/David-Cameron-jokes-hes-spending-more-time-on-World-Cup-bid-than-G20.html>.

<sup>46</sup> Vgl. <http://www.number10.gov.uk/news/speeches-and-transcripts/2010/11/pms-speech-at-the-g20-56895>.



## REAKTIONEN AUS INDIEN

### Die aktuelle wirtschaftliche Situation Indiens im Rahmen des G20-Gipfels

In wirtschaftspolitischer Hinsicht ist Indien weniger stark von der Finanzkrise betroffen als andere Staaten innerhalb der G20. Die Gründe hierfür sind insbesondere in der Struktur der indischen Finanzmärkte zu suchen, die wesentlich stärker reguliert sind als in anderen Ländern. Die Banken haben in Indien nicht den Spielraum, riskante Finanzmarktgeschäfte abzuwickeln oder sich an solchen zu beteiligen. Ausländische Kreditinstitute sind nur in eingeschränktem Maße auf dem indischen Markt handlungsfähig. Die *Reserve Bank of India* (RBI) hat mittelfristig vier Ziele ausgegeben, die Indien im Rahmen der G20 verwirklichen möchte; dazu zählen ein Ausgleich der globalen Ungleichheiten zwischen Industrie- und Schwellenländern, die internationale Koordination der Geldpolitik innerhalb der G20, die Beschränkung der Inflation sowie der Ausbau und die Verbesserung der wachsenden Interdependenzen von Finanzmärkten, Realwirtschaft und wirtschaftlichem Wachstum.

Entwicklungs- und Schwellenländer wie Indien sind jedoch stärker von globalen Ungleichgewichten im Handel betroffen als die entwickelten Staaten. Indien ist zudem eines der wenigen asiatischen Länder, das mit einem gegenwärtigen Handelsdefizit von drei Prozent des BIP<sup>47</sup> und einem erwartetem Haushaltsdefizit in Höhe von über fünf Prozent für das Haushaltsjahr 2010/2011 zu kämpfen hat.<sup>48</sup> Die Regierung hat sich infolge dessen das Ziel gesetzt, das Haushaltsdefizit bis 2013/2014 zu halbieren.<sup>49</sup> Doch damit dieses Ziel erreicht wird und die Wirtschaft weiter nachhaltig wächst, müssen nach Ansicht der indischen Regierung die globalen Ungleichgewichte langfristig abgebaut werden. Indien schaut dabei kritisch auf sein Nachbarland China, das durch hohe Handelsüberschüsse sowie einem unterbewerteten Yuan für Unruhen auf den Finanzmärkten sorgt.<sup>50</sup> Die indischen Medien berichten aber auch über die USA, die mit einem 600 Mrd. US-Dollar Paket die eigene Konjunktur ankurbeln wollen. Laut der indischen *Economic Times* werden

diese Eingriffe erhebliche Konsequenzen für die Exportwirtschaft aufstrebender Länder wie Indien haben. Durch eine Zunahme der Dollarmenge auf den Finanzmärkten werde der US-Dollar günstiger und die Rupie aufgrund erhöhter Nachfrage teurer.<sup>51</sup>

Noch kurz vor dem G20-Gipfel in Seoul setzte der Indienbesuch von US-Präsident Barack Obama wichtige Impulse für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.<sup>52</sup> Neben dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen unterstützen die USA die Bewerbung Indiens um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Die Tageszeitung *The Hindu* beschrieb diese Unterstützung seitens Präsident Obama sowie Indiens neue Stimmrechte innerhalb des IWF als zusätzliche Stärkung der Position des Landes für die Gespräche von Premierminister Manmohan Singh in Seoul.<sup>53</sup>

Dieser machte kurz vor seiner Abreise darauf aufmerksam, dass sich die Dringlichkeit der globalen Probleme in der Tatsache dieses bereits zweiten Gipfeltreffens der G20 in diesem Jahr widerspiegeln. Dass der fünfte Gipfel darüber hinaus im Asien-Pazifik-Raum stattfindet, sei für Singh ein weiteres Signal der gestiegenen Verantwortung, die den asiatischen Ländern übertragen werde. Doch im Gegensatz zum G20-Gipfel in Toronto müsse in Seoul langfristig gedacht werden. Manmohan Singh sprach davon, über die „unmittelbare Krise“ hinaus zu denken, um eine langfristige, nachhaltige und ausgeglichene wirtschaftliche Erholung zu erreichen.<sup>54</sup>

### Konkrete Erwartungen vor dem G20-Gipfel in Seoul

Zum einen gab es von indischer Seite sehr konkrete Erwartungen, beispielsweise zur Forderung der Weiterentwicklung des *Tax Information Exchange Agreements* (TIEAs), das zu einem besseren Informationsaustausch zwischen den einzelnen Ländern führen solle.<sup>55</sup> Hinzu kam der Wunsch nach konkreten Maßnahmen der *Consumer Unity and Trust Society* (CUTS), welche die jähr-

---

<sup>47</sup> Vgl. G20 to focus on growth beyond crisis. In: *Economic Times*, 11.11.2010.

<sup>48</sup> Vgl. Key Features of Budget 2010-2011. In: Finanzministerium Indien, [<http://indiabudget.nic.in/ub2010-11/bh/bh1.pdf>; Zugriff: 15.11.2010].

<sup>49</sup> Vgl. G20 defers crucial issues to Seoul meet. In: *The Indian Express*, 29.06.2010.

<sup>50</sup> Vgl. G20 to focus on growth beyond the crisis. In: *The Economic Times*, 11.11.2010.

---

<sup>51</sup> Vgl. G20 agenda for US, China & India. In: *The Economic Times*, 09.11.2010.

<sup>52</sup> Die Handel zwischen den USA und Indien belief sich 2009-2010 auf 36,6 Milliarden US-Dollar. Vgl.: Open Up your market: Obama tells India. In: *The Hindu*, 07.11.2010.

<sup>53</sup> Vgl. Manmohan heads for Seoul with new Package for G20. In: *The Hindu*, 09.11.2010.

<sup>54</sup> Vgl. India wants open rule-based international economic development: PM. In: *Hindustan Times*, 10.11.2010.

<sup>55</sup> Vgl. India to push for TIEA reform at G20 Summit in Seoul. In: *Tax Treaty Analysis*, 12.07.2010.



lich um 150 Millionen anwachsende Gruppe von Konsumenten von Finanzprodukten stärker schützen möchte.<sup>56</sup>

Zum anderen wurde von indischer Seite die allgemeine, ambitionierte Erwartungshaltung kundgetan, einen „kooperativen *Framework*“ auf dem G20-Gipfel zu erarbeiten. Dieser solle den volatilen Zustrom ausländischen Geldes zügeln sowie eine zu rücksichtslose Geldpolitik eindämmen. Gerade aufstrebende Schwellenländer wie Indien werden durch ungezügelte Kapitalströme gefährdet, ließ der indische Finanzminister Pranab Mukherjee im Vorfeld des Gipfels auf einem Treffen der Finanzminister im koreanischen Gyeongju verlauten. „Wenn jedes Land mit maßgeschneiderten Maßnahmen auf die unterschiedlichen Wachstumsbedingungen reagiere, dann führe das auf den aufstrebenden Märkten zu negativen externen Effekten“, so Mukherjee.<sup>57</sup>

Laut Premierminister Singh werde sich der Gipfel in Seoul auf die G20-Rahmenstruktur für nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum fokussieren. Ziel sei die Erarbeitung eines „*Seoul Action Plans*“.

„*We will work with the others towards this end, and also encourage the G20 to focus on the development agenda which is being introduced for the first time in Seoul. We must also give thought to how we can leverage global imbalances to bridge the infrastructure gap between rich and poor nations*“, so Singh. In diesem Zusammenhang sollte sich der Gipfel sowohl mit Reformen des Finanzsektors auseinandersetzen als auch über das neue Basel III-Abkommen beraten – so die Erwartungen der indischen Kommentatoren.<sup>58</sup>

Laut der Tageszeitschrift *The Hindu* erwarte Indien darüber hinaus die Wiederaufnahme der ins Stocken geratenen Doha-Verhandlungen der WTO. Indien werde sich dafür einsetzen, dass der G20-Gipfel in Seoul wichtige Impulse für die Doha-Gespräche liefere. Besonders die entwickelten Länder müssten sich stärker für einen raschen Abschluss der Verhandlungen einsetzen.<sup>59</sup> Anand Sharma, der indische Handels- und Industrieminister, der erst kürzlich auf Einladung der KAS in Berlin über die

aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen Indiens referiert hatte, betonte im Vorfeld des Gipfels, dass die Gespräche in Seoul eine wichtige Grundlage für die kommenden WTO-Verhandlungen böten.<sup>60</sup>

#### Indiens gestärkte Rolle während der G20-Gespräche

Gemeinsam mit Montek Singh Ahluwalia, dem stellvertretenden Vorsitzenden der *Planning Commission of India*, Nirupama Rao, der Außenstaatsekretärin, und Ashok Chawala, dem Staatssekretär für Finanzen, reiste Manmohan Singh nach Seoul<sup>61</sup>, um seinen neuen Plan des „*re-balanced growth*“ und des Abbaus der globalen Ungleichgewichte vorzustellen.<sup>62</sup>

Eine stärkere Rolle Indiens beim jüngsten G-20 Gipfel sieht auch Amit Mitra, Generalsekretär der *Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI)* – einer langjährigen Partnerorganisation der KAS in Delhi. Da Indien sich bereits auf den globalen Klimakonferenzen einen Namen gemacht habe, könne sich das Land auch auf dem G20-Gipfel stärker positionieren. Nach den Aussagen von Barack Obama und Manmohan Singh versteht Mitra Indiens Rolle nunmehr als Hauptnavigator und ausgleichende Kraft zwischen den aufstrebenden und den entwickelten Ländern. Aufgrund Indiens gefestigter Demokratie, einer guten demographischen Entwicklung und stabilen wirtschaftlichen Wachstumsraten sei der Subkontinent ein wichtiger Partner bei den Gesprächen, so Mitra.<sup>63</sup>

Die Auffassung einer stärkeren Verantwortung Indiens vertritt auch der *Indian Council for Research on International Economic Relations (ICRIER)*, das führende indische Wirtschaftsforschungsinstitut und ebenfalls langjähriger Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung. Nach Aussage der Experten von ICRIER vertrete die G20 zwar alle Länder, doch stünden auf den ersten vier Gipfeln überwiegend die Interessen der entwickelten Staaten im Vordergrund. Um zu einem Gleichgewicht in der Weltwirtschaft zu gelangen, müssten jedoch die Anliegen und Bedürfnisse der sich entwickelnden Länder stärker berücksichtigt werden. Indien könne in dieser Hinsicht eine Führungsrolle im Einsatz für die bisher vernachlässigten Themen der Entwicklungs- und Schwellenländern über-

---

<sup>56</sup> Vgl. G-20 should protect interest of financial consumers. In: Times of India, 09.10.2010.

<sup>57</sup> Vgl. India seeks G20 policy to manage fund flows. In: Times of India, 23.10.2010, sowie G20 seals IMF power shift, China, India to wield more power. In: Times of India, 23.10.2010.

<sup>58</sup> Vgl. Manmohan cautions against protectionist sentiments ahead of G20. In: The Hindu, 10.11.2010.

<sup>59</sup> Vgl. Manmohan heads for Seoul with new Package for G20. In: The Hindu, 09.11.2010.

<sup>60</sup> Vgl. Manmohan leaves for Seoul Wednesday, will meet Obama again. In: Indiataalkies, 07.11.2010.

<sup>61</sup> Vgl. Manmohan Singh heads for Seoul with new package for G20. In: The Hindu, 09.11.2010.

<sup>62</sup> Vgl. Manmohan cautions against protectionist sentiments ahead of G20. In: The Hindu, 10.11.2010.

<sup>63</sup> Vgl. Ebd.



nehmen. Premierminister Singh vertrete die Ansicht, dass sich die G20-Mitglieder für einen ausgeglichenen globalen Handel einsetzen müssen. „*The world needs a new balance between deficit countries and surplus countries ...*“, betonte Singh. Seiner Auffassung nach müssten Länder mit Handelsüberschüssen stärker in die Infrastruktur der Länder mit Handelsdefiziten (wie Indien) investieren, um deren Agrarindustrie und Energieinfrastruktur weiterzuentwickeln sowie deren Wirtschaft nachhaltig zu stärken. Premierminister Singh unterstütze daher den „*Mutual Assessment Process (MAP)*“ der dazu beitragen kann, sowohl die Fiskalpolitik der Länder besser zu koordinieren als auch eine gemeinsame Langzeitplanung zu erarbeiten.<sup>64</sup> Der MAP „*envisages a process of assessment of a country policy to see how well it gets with its own policy roadmap, and how consistent it is with the cumulative policy of the rest of the world.*“<sup>65</sup>

Um diese Ziele zu erreichen, werden in der ersten Phase des MPA Länder erfasst und in Cluster gruppiert: „*advanced surplus*“ wie Deutschland; „*advanced deficit*“ wie die USA oder Großbritannien; „*developing surplus*“ wie China und „*developing deficit*“ wie Indien.<sup>66</sup>

#### Eindrücke und Reaktionen während des Gipfels

Neben den vielen Herausforderungen, die dieser Gipfel zu meistern hatte, stand das Thema Entwicklung weit oben auf der Agenda. Nachdem die entwickelten Länder mit aufwändigen Konjunkturprogrammen ihre Märkte gestützt haben, droht in den Entwicklungs- und Schwellenländern der entgegengesetzte Effekt: Durch die Programme wird zuviel kurzfristiges Kapital in die Schwellenländer geleitet, die jetzt mit Immobilienblasen, Inflationsdruck und der Gefahr einer Überbewertung ihrer Währungen zu kämpfen haben. Die G20-Länder wurden daher aufgerufen, Kapitalkontrollen dann zu unterstützen, wenn Länder von kurzfristig angelegter Kapitalzufuhr betroffen sind. Darüber hinaus bestünde, so die indische Presse, die Gefahr, dass entwickelte Länder durch protektionistische Maßnahmen und Einfuhrzölle den ei-

genen Markt zu stark zum Nachteil der Entwicklungsländer, auch gegenüber Indien, absicherten.<sup>67</sup>

Indien habe daher ein besonderes Interesse daran, sich auf das Thema Entwicklung zu fokussieren, so Außenstaatssekretärin Nirupama Rao. Als aufstrebende Wirtschaftsmacht wolle Indien die Importquoten und Einfuhrzölle sowie die Möglichkeiten der Währungsmanipulationen so gering wie möglich halten. Premierminister Singh äußerte sich in einem ersten Kommentar in Seoul nicht zu den Währungsmanipulationen, sondern betonte die Notwendigkeit eines „*rule-based international economic environment, whether in the field of trade, investment flows, technology transfers or open markets. We have to be particularly wary of protectionist sentiments. There are also developmental imbalances within and between countries, and rebalancing the world economy is a major challenge.*“<sup>68</sup>

#### Ergebnisse in Seoul: Indiens G20 Reformverpflichtungen

In den indischen Medien überwog der Eindruck, dass der G20-Gipfel von den USA und China dominiert wurde. Die kontroversen Themen des Gipfels waren Kapital- und Währungskontrollen sowie ein ausgeglichenes und ausgewogenes globales Wachstum. Kritisch bemerkt wurde, dass man sich nur schwerlich auf eine gemeinsame Formulierung für das Abschluss-Communiqué hatte einigen können.<sup>69</sup>

In der *Hindustan Times* wird China und den USA daher vorgeworfen, nicht im Interesse der Gemeinschaft zu handeln und durch eine unterbewertete Währung sowie eine zu expansive Fiskalpolitik die Ungleichgewichte des Weltmarktes weiter zu fördern. Der Rest der Welt würde sich daher laut der Einschätzung der indischen Kommentatoren einer der beiden Positionen anschließen.<sup>70</sup> Auch der indische Premierminister Manmohan Singh kritisierte in seiner Abschlussrede auf dem G20-Gipfel unterschwellig die „*quantitative easing*“-Politik der USA, die nach Ansicht Singhs destabilisierende Kapitalflüsse nach Indien fördere. Ebenfalls mahnte Singh die chinesische

---

<sup>64</sup> Vgl. Rebalancing G20 focus at Seoul summit. In: *The Statesman*, 12.11.2010.

<sup>65</sup> Vgl. Slow march to new form of global governance. In: *The Economic Times*, 13.11.2010.

<sup>66</sup> Vgl. Solution lies in mediated recycling of surpluses into developing nations: PM. In: *The Economic Times*, 13.11.2010.

<sup>67</sup> Vgl. A summit for all the people: the Seoul G-20's excluded voices, and ending poverty. In: *The Hindu*, 11.11.2010.

<sup>68</sup> Vgl. India keen on development agenda at G20. In: *The Indian Express*, 11.11.2010.

<sup>69</sup> Vgl. Demise of G20, rebirth of G2. In: *The Hindustan Times*, 13.11.2010.

<sup>70</sup> Vgl. Little to write home about. In: *The Hindustan Times*, 13.11.2010.



Politik bezüglich des unterbewerteten Yuan. Das Weltwirtschaftswachstum bewertete Singh als schwach und fragil. Es sei besonders anfällig für protektionistische Stabilisierungstendenzen aus Industrieländern mit hohen Arbeitslosenzahlen. Für Singh sind daher wirtschaftlicher Aufschwung und Reformen entscheidend und er legte den Weltnationen vier solide ökonomische Prinzipien nahe:

*„One, we must avoid, at all costs, competitive devaluation and a resurgence of protectionism. Two, advanced deficit countries (the US, Britain, etc.) must move on to fiscal consolidation, to tackle the structural cause of their problem and ensure stability of their borrowing (...) that is consistent with their national circumstances. Three, the process of structural reform that would rebalance global demand must begin now. Advanced deficit countries must undertake reform to raise competitiveness and efficiency. Surplus countries must expand internal demand. (...) And four, countries must not manipulate their exchange rates, because flexible exchange rates are needed for correcting excessive current account balances.“*<sup>71</sup>

Der indische Premierminister begrüßte darüber hinaus die Reform des IMF und forderte die G20-Mitglieder zu mehr Koordinierung und Konsistenz untereinander auf: *„I recognise this is not going to be easy and we must allow considerable flexibility to accommodate learning by doing. However, if we can actually do this, we will have made a lasting contribution to a new style of global governance.“*<sup>72</sup>

Wenn auch die indischen Medien kritisieren, dass das Communiqué des Gipfels in seinen Ausführungen eher vage geblieben sei und Vereinbarungen bestätigt habe, die bereits auf dem vorhergehenden Treffen der Finanzminister beschlossen wurden, so bewerteten die Kommentatoren die angekündigten Reformen des IMF als sehr positiv.<sup>73</sup>

Auch das ICRIER-Institut begrüßte die Erarbeitung des „*Seoul Action Plans*“ als vielversprechend; insbesondere im Hinblick auf die Anwendung marktbasierter Wechselkurse innerhalb der G20-Staaten sowie in Bezug auf eine verbesserte Koordination der Fiskal- und Geldpolitik. Kritisch kommentiert wurde indes die offene Frage, wie und vor allem in welcher zeitlichen Abfolge diese Koordinierung umgesetzt werden soll. Diese Entscheidungen würden somit auf den kommenden G20-Gipfel 2011 in Frankreich verlagert.<sup>74</sup>

Indien habe sich in dem erarbeiteten Papier „*Policy Commitment by G20 Members*“ dazu verpflichtet, im Rahmenwerk der G20-Grundsätze in den Bereichen Fiskalpolitik, Finanzsektorpolitik, Strukturreformpolitik und Entwicklungspolitik umfassende, nachhaltige und ausgeglichene Reformen anzugehen. Weiterhin wird sich Indien für eine stärkere wirtschaftliche Einbindung in die regionalen und überregionalen Handelsbeziehungen einsetzen.<sup>75</sup>

Noch im September 2010 hatte auf einer Fachkonferenz der KAS in Neu-Delhi Montek Singh Ahluwalia das vorherige Treffen der G20-Staaten in Toronto dahingehend kritisiert, dass diese lediglich weitgefaste Empfehlungen und unspezifische Aussagen tätigten. Der indische Finanzminister Pranab Mukherjee, der ebenfalls Gastredner auf dieser Veranstaltung war, sah in der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 bis 2009 eine Chance für einen Neuanfang und appellierte im Zeitalter der Globalisierung an die koordinierte Zusammenarbeit der G20-Regierungen, um die Funktionsfähigkeit der internationalen Wirtschaft zu unterstützen.<sup>76</sup>

War dieser G20-Gipfel „*more a G20 of debate than a G20 of conclusion*“, wie der Direktor des IWF, Dominique Strauss-Kahn, anmerkte? Die indische *Economic Times* ist nicht dieser Auffassung. Gemessen an der ambitionierten „Wunschliste“ des Gipfels und den stark divergierenden Ansichten zwischen Industrie- und Schwellenländern, wäre es nach Aussage der *Economic Times* naiv zu glauben, dass alle Erwartungen zu erfüllen wären. Die

---

<sup>71</sup> Vgl. Solution lies in mediated recycling of surpluses into developing nations: PM. In: The Economic Times, 13.11.2010.

<sup>72</sup> Vgl. Solution lies in mediated recycling of surpluses into developing nations: PM. In: The Economic Times, 13.11.2010.

<sup>73</sup> Diese Reform wurde im Vorfeld auf einem Treffen der Finanzminister am 23. Oktober im koreanischen Gyeongju beschlossen. Ziel ist, die unterrepräsentierten Entwicklungs- und Schwellenländer mit einer stärkeren Stimmenberücksichtigung von sechs Prozent zusätzlich zu berücksichtigen. Diese Verschiebung der Stimmen würde dazu führen, dass

---

China von Platz sechs auf Platz drei und Indien von Platz 22 auf Platz acht rücken würde.

<sup>74</sup> Vgl. Dony Alex, Mitarbeiter beim ICRIER-Institut, Auskunft per E-Mail, 15.11.2010.

<sup>75</sup> Vgl. Policy Commitments by G20 Members: India. In: Seoul Summit Supporting Documents [http://media.seoulsummit.kr/contents/dlobo/E6.Supporting\_Document.pdf Zugriff: 14.11.2010], Seite 33-35.

<sup>76</sup> Vgl. Fachkonferenz der KAS, International Cooperation in Times of Global Crisis – Views from G20 Countries, am 16.-17.09.2010.



Vereinbarungen und Absichten, wie der vereinbarte „*Mutual Assessment Process*“, seien wichtige, wenn auch noch zaghafte Schritte auf dem Weg zu einer neuen globalen „*economic governance*“. Die abschließende Einschätzung der Wirtschaftsfachzeitung lautet daher:

*„India has succeeded in getting the G20 to appoint a high-powered panel in channelling global surpluses to finance structure. Indian negotiators and Prime Minister Manmohan Singh did well to give this new dimension to the tussle between surplus and deficit countries.“<sup>77</sup>*

**Kontakt:**

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
AUSLANDSBÜRO INDIEN**

German House, 1st Floor  
2, Nyaya Marg, Chanakyapuri  
New Delhi - 11 00 21  
Indien

Tel. +91 11 2611 3520  
Fax +91 11 2611 3536

[info.india@kas.de](mailto:info.india@kas.de)  
[www.kas.de/indien](http://www.kas.de/indien)

---

<sup>77</sup> Vgl. Small steps at Seoul But Definite Move To Global Coordination. In: The Economic Times, 15.11.2010.



## REAKTIONEN AUS INDONESIA

**Eine eigene Position zum „Währungskrieg“ zwischen US-Amerikanern und Chinesen, der den G20-Gipfel in Seoul dominierte, hatte der indonesische Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) nicht zu bieten. Auf seiner G20-Agenda standen Korruptionsbekämpfung, Klimafragen und Entwicklungszusammenarbeit – allesamt Themen, die abseits des internationalen Rampenlichts diskutiert wurden.**

Außenpolitik wird in der indonesischen Öffentlichkeit mit wenig Interesse verfolgt. Für die Bürger bleiben internationale Gipfeltreffen im luftleeren Raum und führen zu keinen spürbaren Veränderungen im Alltag. Folglich drehte sich die mediale Vorberichterstattung vor allem um die Frage, ob Präsident Yudhoyono überhaupt am G20-Gipfel teilnehmen würde. Nach Eruptionen des Merapi, einem Hochrisikovulkan in Zentraljava, sind dort etwa 200 Menschen ums Leben gekommen und 370.000 Anwohner mussten zwischenzeitlich evakuiert werden. Klagen betroffener Bürger zum Trotz, ihr Präsident würde sie im Stich lassen, entschied SBY schließlich, am zweiten Verhandlungstag in Seoul persönlich anwesend zu sein – „besser zu spät als nie“, wie die *Jakarta Post* (12.11.2010) titelte.

### **Südkorea: Gastgeber mit Vorbildcharakter**

Indonesien teilte mit Südkorea die Freude darüber, dass erstmals auf dem asiatischen Festland ein G20-Gipfel organisiert wurde. Man wertete es zugleich als positives Zeichen, dass mit Südkorea einem nicht vollständig industrialisierten Land die Gastgeberrolle zufiel. Dies, so der südkoreanische Präsident Lee, werde die Position der Schwellenländer stärken. Die Demokratisierung seit Ende der 1980er Jahre und die beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas haben für Indonesien klaren Vorbildcharakter. Bis Indonesien die Rolle der gastgebenden Nation zufalle, so Kornelius Purba in der *Jakarta Post* (4.11.2010), bestünde die Hoffnung, dass die heimische Wirtschaft einen vergleichbaren Boom erleben werde wie zurzeit die südkoreanische. Indonesien ist mit stabilem Wachstum durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gegangen; für dieses Jahr rechnen Analysten mit 6,5 Prozent Wirtschaftswachstum.

### **IWF-Reform: Schwellenländer gestärkt**

Vor der Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs trafen sich schon Ende Oktober die G20-Finanzminister, um im südkoreanischen Gyeongju eine weitreichende Reform des IWF voranzubringen. Die von verschiedenen Akteuren – nicht zuletzt vom IWF selbst – geforderte Neuverteilung der Stimmrechte und Anteile der 187 Mitgliedstaaten konnte hier konkretisiert werden: 5,3 Prozent der Stimmanteile von überrepräsentierten (westlichen) Nationen werden ab 2011 an aufstrebende Staaten übertragen. Neben China und Indien profitieren weitere Schwellenländer davon. Indonesiens Stimmanteil wird von 0,87 auf 0,98 Prozent steigen und damit Staaten wie Schweden und Argentinien hinter sich lassen. Da der Berechnung der Stimmanteile unter anderem die Wirtschaftsleistung eines Mitgliedstaates zugrunde liegt, korrespondiert Indonesiens Gewicht im IWF künftig wieder mit seiner ökonomischen Leistung (BIP von 587,5 Mrd. US-Dollar). Die Beschlüsse der IWF-Reform entsprechen dem Ansinnen Indonesiens, Entwicklungs- und Schwellenländer zu stärken. In internationalen Foren wie der G20 präsentiert sich das Land gerne als Fürsprecher dieser aufstrebenden Nationen.

### **„Währungskrieg“ ohne indonesische Beteiligung**

Dass Barack Obama mit seiner Kritik an China – die USA unterstellen dem Land eine gesteuerte Abwertung des Yuan – kein Gehör unter den G20-Partnern fand, wurde aus indonesischer Sicht als schwere Niederlage der USA bewertet. Die *Jakarta Post* (13.11.2010) nahm dies als Beleg für „Washingtons abnehmenden Einfluss auf der internationalen Bühne, insbesondere in Wirtschaftsfragen.“

Die Ankündigung der US-Notenbank, Staatsanleihen in Höhe von 600 Mrd. US-Dollar aufzukaufen, um die Konjunktur anzukurbeln, löste zugleich große Irritationen bei den Schwellenländern aus. Sie befürchteten, dass damit eine künstliche Deflation in den exportstarken Nationen eingeleitet würde. Eine neue Finanzblase wäre zu erwarten, deren Platzen schlimmeren Schaden als die Krise von 2008 anrichten könnte, so Finanzexperten. Zudem bestünde die Gefahr, dass vor allem Risikogeschäfte zu-



nähmen. Schwellenländer würden so möglicherweise zur Zielscheibe von spekulativen Investoren.

Die harsche Kritik Indonesiens an den USA kam aus zwei Gründen unerwartet: Zum einen hatte man zwar im Vorfeld vorsichtige Bedenken angemeldet, vor einer konkreten Positionierung zum „Währungskrieg“ indes Abstand genommen. Auch aus den Reihen von Analysten und Politikberatern waren keine Stimmen zum G20-Gipfel zu vernehmen. Das Land, so schien es, war zu sehr mit der eingangs erwähnten Naturkatastrophe beschäftigt, um sich öffentlich mit Fragen von internationalem Belang auseinanderzusetzen. Zum anderen überraschte die Kritik an der US-Position, weil Barack Obama geradewegs von Jakarta aus nach Seoul geflogen war. Während des Staatsbesuches in Indonesien hatten er und Yudhoyono die gemeinsamen Begegnungen offenbar nicht genutzt, um sich über konträre Positionen zum anstehenden G20-Gipfel auszutauschen.

#### **Yudhoyons Agenda: Abseits des internationalen Rampenlichts**

Indonesische Medien maßen dem G20-Gipfel in Seoul keine große Relevanz zu. Die amerikanisch-chinesischen Spannungen wurden von Politik und Medien eher aus der Besucherperspektive beobachtet, so dass auch die Nachberichterstattung marginal ausfiel.

Für Präsident Yudhoyono standen zudem andere Themen im Mittelpunkt des Gipfels. Noch von Jakarta aus erklärte er, dass er in Seoul über Entwicklungs-, Antikorruptions- und Klimafragen diskutieren wolle. Insbesondere zur Entwicklungspolitik – von Südkoreas Präsident Lee persönlich auf die Agenda der G20 gesetzt – wollte SBY wichtige Impulse liefern, ohne dabei deutlich zu machen, wo diese liegen würden.

Konkreter war hingegen Indonesiens Beitrag zum globalen Kampf gegen die Korruption. Bereits auf dem letzten Gipfel in Toronto im Juni 2010 wurde die G20-Arbeitsgruppe zur Korruptionsbekämpfung eingesetzt, die seitdem gemeinsam von Frankreich und Indonesien geleitet wird. Ende September traf man sich in Jakarta, um Empfehlungen zu formulieren, die den Staats- und Regierungschefs in Seoul vorgestellt wurden. Demnach sollen unter anderem die weltweite Umsetzung der UN-

Konvention gegen Korruption (UNCAC) gefördert und nationale Antikorruptionsgesetze auf den Weg gebracht werden. Vor dem Gipfel warb der stellvertretende indonesische Handelsminister Siregar dafür, verantwortliches Regieren, Glaubwürdigkeit und Transparenz im globalen Finanzsystem zu stärken. Er zog eine direkte Parallele zwischen einer Intensivierung der weltweiten Korruptionsbekämpfung und den Bemühungen der indonesischen Regierung im eigenen Land (*Jakarta Post*, 9.11.2010). Korruption ist in den öffentlichen Institutionen und der Verwaltung Indonesiens ein großes Problem; *Transparency International* sieht das Land gegenwärtig auf Platz 110 von 178 bewerteten Staaten. Sowohl 2004 als auch 2009 hatte Präsident Yudhoyono die Korruptionsbekämpfung in den Mittelpunkt seiner Wahlkämpfe gestellt. Folglich ist ein wesentlicher Bestandteil seiner Glaubwürdigkeit in der indonesischen Öffentlichkeit mit seinem Kampf gegen die Korruption verbunden.

#### **Fazit: Indonesiens Selbstbewusstsein spürbarer als sein konkreter Einfluss**

Indonesiens Rolle beim Zustandekommen der Abschlusserklärung blieb marginal und steht damit im Kontrast zu den vollmundigen Äußerungen von offizieller Stelle. Auf dem Weg nach Seoul reklamierte Präsident Yudhoyono für Indonesien eine Rolle als „wichtiger Spieler in der Weltwirtschaft“. Da sich die Welt verändert hätte und die Dominanz westlicher Staaten früher und später enden werde, prognostizierte er, dass neu aufkommende Staaten diese Rolle übernehmen würden (*Antara News*, 14.11.2010). Der Präsident zog das selbstbewusste Fazit, Indonesien habe bereits Weltklasse erreicht und könne in fünf bis 15 Jahren zu einer Weltmacht aufsteigen.

Beobachter der Reise von SBY teilten diese Einschätzung nicht. Als es noch nicht als sicher galt, ob der Präsident trotz Merapi-Katastrophe nach Seoul fliegen würde, bemerkte der Ökonom Fauzi Ichsan in der *Jakarta Post* (11.11.2010) ironisch, dass seine Teilnahme auch nichts ändern würde: Außer Bedenken hätte Indonesien nichts zum Thema Währungskrieg beizutragen. Bantarto Bantoro, außenpolitischer Experte der Universität von Indonesien, und Pande Radja Silalhi vom *Center for Strategic and International Studies* widersprachen dem Präsidenten in der *Jakarta Globe* (13./14.11.2010): Weniger auf-



grund der Wirtschaftsleistungen als vielmehr aufgrund Indonesiens Stellung innerhalb des südostasiatischen Staatenverbundes ASEAN sei das Land zum ständigen G20-Mitglied aufgerückt, stellte Bandoro fest. Silalhi kritisierte, dass Indonesiens Gewicht in der G20 erst zunehme, wenn man nicht nur rhetorisch die Stellvertretung der Entwicklungsländer für sich beanspruchte, sondern auch tatsächlich in den Dialog mit den Staats- und Regierungschefs der Dritten Welt eintrete, um mehr über deren Erwartungen und Forderungen zu erfahren.

Nachdem man sich seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 zweimal jährlich getroffen hatte, kehren die G20-Staaten nun zum jährlichen Gipfelturnus zurück. Wenn die Finanzfragen wieder anderen Sachthemen weichen, besteht für Schwellenländer wie Indonesien eine größere Chance, die internationale Plattform eines G20-Gipfels für eigene Themen zu nutzen.

**Kontakt:**

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
AUSLANDSBÜRO INDONESIEN**

Plaza Aminta, 4th Floor  
Jl. Let. Jend. TB Simatupang Kav. 10  
Jakarta 12310  
Indonesien

Tel. +62 21 7590 9411  
Fax +62 21 7590 9415

[Info.Indonesia@kas.de](mailto:Info.Indonesia@kas.de)  
[www.kas.de/indonesien](http://www.kas.de/indonesien)



## SÜDKOREA HAT DIE G20 FEUER- TAUFE ERFOLGREICH BESTANDEN

Als Gastgeber hat Südkorea dem G20-Gipfel mit besonders hohen Erwartungen entgegengesehen. Im Vorfeld der Konferenz war in Südkorea stets von einer historischen Chance die Rede. Die Welt sollte das einstige Armutsländ in einer neuen Rolle wahrnehmen – als eine der führenden Volkswirtschaften, die ihre Erfahrungen in den Dienst der internationalen Gemeinschaft stellt. Obgleich Südkorea die Imagepflege ein wichtiges Anliegen war, wurde die mit der Gastgeberrolle einhergehende Verantwortung nie unterschätzt. Als erstes Schwellenland und asiatischer Staat in dieser wichtigen Rolle galt es vor allem, dem Vertrauen der führenden Wirtschaftsmächte gerecht zu werden. Diese Bewährungsprobe hat Südkorea insgesamt gesehen gut überstanden, meint u.a. auch Dr. Tak Jae-Taek vom KBS Broadcasting Policy Center.

Südkorea fokussierte sich im G20-Prozess früh auf eine Mittlerrolle: Als Mittler zwischen den Welten berücksichtigt der nordostasiatische Staat sowohl die Interessen der Industrienationen als auch der aufstrebenden Schwellenländer. Gleichzeitig wirbt Seoul nachdrücklich dafür, die Wohlstandskluft zwischen armen und reichen Nationen zu verringern.

Lange hatte Südkorea gehofft, dass die bei früheren Treffen vertagten Entscheidungen auf dem Gipfel in der eigenen Hauptstadt nachgeholt würden. Seoul sollte mit möglichst wichtigen Einigungen oder gar einem Durchbruch auf der G20-Ebene in Verbindung gebracht werden. Doch schließlich drohte der Streit über Währungen und Handelsungleichgewichte den Gipfel zu überschatten.

### Regierung mit Ergebnissen zufrieden

Allgemeine Erleichterung herrscht nun angesichts der Tatsache, dass ein solches Fiasko verhindert werden konnte. Denn der „Kampf der Titanen“<sup>78</sup> über Wechselkurse und Handelsungleichgewichte konnte zumindest vertagt werden. Damit war der Weg frei für wichtige Einigungen wie die Modernisierung des IWF und das Basel III-Abkommen.

---

<sup>78</sup> Namentlich die „alte Garde“ USA und Europa gegen die neue Macht China  
Vgl. *Seoul heaves sigh of relief after G20*, in:  
[http://www.koreatimes.co.kr/www/news/biz/2010/11/123\\_76254.html](http://www.koreatimes.co.kr/www/news/biz/2010/11/123_76254.html).

Im Gastgeberland fällt die Bilanz nach dem G20-Gipfel daher überwiegend positiv aus. Staatspräsident Lee Myung-bak äußerte sich auf der Live-Presskonferenz unmittelbar nach Abschluss des Gipfels zufrieden. Doch wies er gleichzeitig darauf hin, dass die Bewertung der Ergebnisse von der internationalen Gemeinschaft abhängt. In der internationalen Presse fiel die Bewertung des Gipfels vergleichsweise nüchtern aus. Ausländische Medien hatten überwiegend von einem allenfalls dünnen Kompromiss berichtet und diesen nicht gerade bejubelt.

Doch Lee nannte es einen „bemerkenswerten Fortschritt“ angesichts erheblicher Differenzen im Handelsstreit, dass die Teilnehmer sich auf indikative Richtlinien für Handelsungleichgewichte einigen konnten. „Eine solche Einigung in dieser schwierigen Frage, wenngleich begrenzt in ihrer Wirkung, wäre ohne Südkoreas aktive Koordinierung nicht möglich gewesen“, sagte hierzu Kim Yoon-kyung vom Finanzministerium und gleichzeitig Sprecher im Präsidialausschuss für den G20-Gipfel gegenüber der nationalen Nachrichtenagentur Yonhap<sup>79</sup>. „Dies sei ein Beitrag, um Schwung in den internationalen Bemühungen um ein Ende des Währungsstreits aufrechtzuerhalten“, ergänzte er.

Diesbezüglich wurde in der koreanischen Presse auch die tragende Rolle der deutschen Kanzlerin hervorgehoben. So ist beispielsweise laut Hankook Ilbo vom 15.11.2010 Bundeskanzlerin Angela Merkel aus diesem G20-Gipfel als größte Gewinnerin hervorgegangen, weil sie sich amerikanischen Forderungen erfolgreich widersetzt hatte: Sie habe sich auf dem Gipfel gegen einen Protektionismusversuch der USA durchgesetzt, der weder wirtschaftlich förderlich noch finanzwirtschaftlich effektiv sei.

### Zuviel gewollt?

In die insgesamt positive Bewertung des Gipfels durch südkoreanische Beamte und Medien mischt sich aber auch Kritik. The Korea Times warf der Regierung um Lee Myung-bak gar zu viel Engagement vor.<sup>80</sup> Offenbar mit der „Brechtstange“ wollten die südkoreanischen Beamten erneut einen Kompromiss durchsetzen. Mit dieser Me-

---

<sup>79</sup> Vgl. *Successful hosting of G-20 summit boosts Korea's global leadership*, in:  
[http://english.yonhapnews.co.kr/national/2010/11/12/7/03\\_01000000AEN20101112013900315F.HTML](http://english.yonhapnews.co.kr/national/2010/11/12/7/03_01000000AEN20101112013900315F.HTML).

<sup>80</sup> Vgl. *Proposing '4% rule' was Seoul's fatal mistake for G20*, in:  
[http://www.koreatimes.co.kr/www/news/biz/2010/11/123\\_76337.html](http://www.koreatimes.co.kr/www/news/biz/2010/11/123_76337.html)



thode war der Gastgeber auf der Konferenz der G20-Finanzminister und Notenbankchefs in Gyeongju noch sehr erfolgreich gewesen. Damals konnte die IWF-Reform ausgehandelt werden. In Seoul hingegen führte dieser Weg nicht weiter. „Der Gipfel lehrte mich, dass Hartnäckigkeit allein keine erfolgreiche internationale Konferenz ermöglicht“, meinte Kwon Hae-ryong, Generaldirektor im Komitee für die Vorbereitung des G20-Gipfels in Seoul, auf einer Pressekonferenz.<sup>81</sup>

Zwar seien alle an der Konferenz Mitwirkenden aus Südkorea fest entschlossen gewesen, diese zum Erfolg zu machen. Doch hätten sie trotz guter Absichten nicht bemerkt, dass Enthusiasmus ohne Besonnenheit auch nachteilig wirken könne, schrieb die Zeitung.<sup>82</sup> Auch Südkoreas Sherpa Rhee Chang-yong räumte gegenüber der Presse Fehler ein. Laut dem Wirtschaftsprofessor sei die Vier-Prozent-Regel vorgeschlagen worden, um Aufmerksamkeit von der vor allem für China unangenehmen Währungskrieg-Debatte auf das übergeordnete Thema der Handels- und Leistungsbilanzen wegzulenken. Doch sei die konkrete Nennung der Zahl vier ein Fehler gewesen. Denn die Verhandlungsteilnehmer hätten diese als faktische Zielvorgabe betrachtet, erläuterte er.

Nach seinen weiteren Angaben habe es die strategische Überlegung gegeben, mit einem gewichtigen Vorschlag gleich zu Beginn der Diskussionen leichter Zugeständnisse der G20-Länder erreichen zu können.<sup>83</sup> Wenngleich Südkorea der ganz große Erfolg verwehrt blieb, konnte der Gastgeber dennoch Einfluss geltend machen und die Debatten mitprägen.

#### Korea-Initiative

So wurden mit der Annahme des südkoreanischen Vorschlags für ein globales finanzielles Sicherheitsnetz und Entwicklungszielen für eine stärkere Unterstützung von Entwicklungsländern eigene Akzente gesetzt. Mit seiner Korea-Initiative habe Südkorea die selbst gewählte Rolle des Mittlers zwischen armen und reichen Staaten betonen können, meldete Yonhap.<sup>84</sup>

Kommt es zu einer Wirtschaftskrise, sind Entwicklungsländer besonders anfällig für einen plötzlichen Kapitalab-

zug. Dies, weil Investoren zunächst ihr Kapital aus vermeintlich unsicheren Staaten abziehen. Auch Südkorea hat diese schmerzliche Erfahrung machen müssen. Nur mit hohen Devisenreserven können sich die Regierungen der Schwellenländer gegen diese Gefahr wappnen. Doch die Sicherheit ist teuer erkaufte und geht zu Lasten der nationalen und schließlich auch globalen Entwicklung. Südkorea machte sich daher für ein finanzielles Sicherheitsnetz stark, das auch ohne übermäßig hohe Devisenvorräte Schutz im Krisenfall bietet. Der IWF stimmte – nicht zuletzt auch auf Südkoreas Wirken hin – im August zu, Dauer und Volumen flexibler Kreditlinien (FCL) zu erhöhen und eine vorbeugende Kreditlinie (PCL) einzuführen.

Auch wurde im Zuge der Korea-Initiative Unterstützung für Entwicklungsländer vorgeschlagen. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass die sich entwickelnden Staaten ein wichtiger Bestandteil der Weltwirtschaft sind. Denn ohne Unterstützung der übrigen Staaten der Welt kann die G20 ihre Entscheidungen nicht erfolgreich umsetzen. Die Entwicklungsagenda wurde von den Gipfelteilnehmern umfassend begrüßt. Auch die Einigung auf den „Seoul Development Consensus for Shared Growth“ verbucht der Gastgeber als Erfolg. Der Aktionsplan ruft zu Verbesserungen in neun Schlüsselbereichen auf, die eine Arbeitsgruppe zur Entwicklungsagenda unter Vorsitz Südkoreas und Südafrikas ermittelt hatte.<sup>85</sup>

Ebenso wird der Seoul Business Summit, der unmittelbar vor dem G20-Gipfel stattgefunden hatte, positiv bewertet. Hervorgehoben wird insbesondere, dass ein Treffen dieser Größenordnung überhaupt zustande gebracht und somit ein Anfang für die Verbesserung des Dialogs zwischen privatem und öffentlichem Sektor gemacht werden konnte. Doch hinterfragt beispielsweise die englischsprachige Ausgabe der Tageszeitung JoongAng Daily die Effektivität der Unternehmerkonferenz; gleichwohl räumt sie ein, dass es für ein endgültiges Urteil noch zu früh sei.<sup>86</sup>

Insgesamt herrscht im Land die Auffassung vor, dass Südkorea die Feuertaufe im Club der führenden Wirtschaftsmächte bestanden hat. So konstatiert Yonhap: „Nur wenige würden bestreiten, dass Südkorea durch den historischen Gipfel, (...), seinem ehrgeizigen Ziel der

<sup>81</sup> Vgl. ebd.

<sup>82</sup> Vgl. ebd.

<sup>83</sup> Vgl. ebd.

<sup>84</sup> Vgl. 'Korea Initiative' gives momentum to emerging states, in:

<http://english.yonhapnews.co.kr/national/2010/11/12/37/0302000000AEN20101112004900320F.HTML>

<sup>85</sup> Vgl. ebd.

<sup>86</sup> Vgl. Was the Business Summit a success?, in: <http://joongangdaily.joins.com/article/view.asp?aid=2928319>



Entwicklung zu einer führenden Nation einen Schritt näher kam, sei es ein kleiner oder großer Schritt".<sup>87</sup> Der Vorsitzende der koreanisch-deutschen parlamentarischen Freundschaftsgruppe in der Nationalversammlung, Kwon Young-Se, fasst die Ergebnisse des Treffens folgendermaßen zusammen: „ Südkorea hat durch das G20 Gipfelreffen der Status des Landes um eine weitere Stufe erhöht. Außerdem hat das Treffen als ein Sprungbrett dafür gedient, nunmehr als ein vollwertiges Mitglied der führenden Wirtschaftsstaaten anerkannt zu werden. Außerdem ist die Führungsstärke von Korea insbesondere bei der Entwicklungsagenda positiv auf der ganzen Welt vermerkt worden, die zum ersten Mal auf die Tagesordnung gesetzt wurde und auch erfolgreich debattiert wurde. Jedoch ist es bedauerlich, dass bei den Themen der Währungsparitäten oder Leistungsbilanzungleichgewichte, die vorab große Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatten, in der ‚Seouler Erklärung‘ nur grundsätzliche Richtlinien gesetzt wurden und detaillierte Angelegenheiten auf das nächste Treffen verschoben wurden. Trotzdem konnte Korea als Gastgeberland bei den anstehenden wichtigen Themen die diversen Meinungen der verschiedenen Teilnehmerstaaten gut harmonisieren. Durch dieses Treffen konnte man auf der ganzen Welt die vermittelnden Fähigkeiten von Korea gut wahrnehmen“.

**Kontakt:**

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
AUSLANDSBÜRO KOREA**

4th Floor, Hannam Plaza Bldg.,  
28-2 Hannam-dong, Yongsangu,  
Seoul 140-884

Tel. +82 2 790 47 74  
Fax +82 2 793 39 79

[kas@kaskorea.org](mailto:kas@kaskorea.org)  
[www.kas.de/korea](http://www.kas.de/korea)

---

<sup>87</sup> Vgl. *Successful hosting of G-20 summit boosts Korea's global leadership*



## REAKTIONEN AUS MEXIKO

Eine eigene Position zum „Währungskrieg“ zwischen US-Amerikanern und Chinesen, der den G20-Gipfel in Seoul dominierte, hatte der indonesische Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) nicht zu bieten. Auf seiner G20-Agenda standen Korruptionsbekämpfung, Klimafragen und Entwicklungszusammenarbeit – allesamt Themen, die abseits des internationalen Rampenlichts diskutiert wurden.

Mexiko setzt seine konstruktive multilaterale Kooperationspolitik in Wirtschafts- und Finanzfragen fort – mit klaren Bekenntnissen zum freien Welthandel, einer Reform der internationalen Finanzinstitutionen und zu verbesserter internationaler Regulierung. Dies geschieht eher leise – übertrieben lauter Auftritt ist speziell Präsident Felipe Calderón Hinojosa eher suspekt. Lieber stellt er sein Land als verlässlichen Partner und attraktiven Investitionsstandort vor. Der G20-Gipfel in Seoul stand da in der Tradition vorheriger mexikanischer Positionierungen. Und in einem sind sich die Kommentatoren der Gipfelergebnisse einig: der auf dem Höhepunkt der dramatischen Krise erkennbare Wille zur Gemeinsamkeit und zu teils drastischen Reformen hat sich weitgehend aufgelöst.

Wieder einmal wird in Mexiko – vor allem in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen – ausführlich über den G20-Gipfel berichtet, vor allem die widerstreitenden Positionen in Sachen Stimuli und Währungsrelationen werden umfangreich kommentiert – wenig aber findet sich zu originär mexikanischen Positionen in diesen Fragen. Eher schon bemüht sich die Regierung, das positive Investitionsklima in Mexiko zu betonen und die jüngst die Debatten dominierenden Sicherheitsfragen zu relativieren. In diesem Sinne warb Präsident Felipe Calderón beim parallel zum G20 stattfindenden Unternehmertag für sein Land, ebenso bei einem vorgeschalteten APEC-Treffen.

Auch wird er nicht müde, speziell die Notwendigkeit eines Erfolges des bevorstehenden Klimagipfels COP16 im mexikanischen Cancún anzumahnen. Aktuelle Wirtschafts- und Finanzprobleme rechtfertigten kein Nachlassen entsprechender Bemühungen zum Klimaschutz, so der Präsident immer wieder. Obwohl die Erwartungen für den Klimagipfel immer weiter heruntergeschraubt werden – diplomatisch sicher der richtige Weg – will Mexiko in keinem Fall als Gastgeber eines neuerlich ge-

schutzes eingehen. Für Calderón ist das Thema eine Konstante und eine Herzensangelegenheit.

Fortschritte erwartet Calderón vor allem auf den Gebieten der Adaptation an den Klimawandel, des Technologietransfers, bei den finanziellen Zusagen und bei Maßnahmen gegen Entwaldung und Bodenerosion (REDD – *Reducción de Emisiones para Deforestación y Degradación*). In einem bilateralen Gespräch mit dem kanadischen Premierminister Stephen Harper am Rande des Gipfels waren sich die Gesprächspartner zudem darüber einig, dass eine engere Umweltkoordination in Nordamerika auch für den globalen Diskurs positive Auswirkungen haben könnte.

Die Gipfelteilnehmer in Seoul dankten Calderón in der gemeinsamen Erklärung für seine Bemühungen, im *Seoul Action Plan* nehmen die Themen Klimawandel und „grünes Wachstum“ breiten Raum ein, verbunden mit Energiefragen.

### Schonender Umgang mit den USA

Vor der G20-Konferenz hat sich die Regierung wie gewöhnlich speziell mit Kommentaren zurückgehalten, die den großen Nachbarn im Norden in Verlegenheit bringen und die Beziehungen belasten könnten. Im Streit zwischen den USA auf der einen und Chinesen sowie Europäern auf der anderen Seite über die gewaltigen Finanzinjektionen der nordamerikanischen Zentralbank mischte sich Mexiko kaum ein.

Aussagen wie die des brasilianischen Finanzministers, der einen „Währungskrieg“ heraufziehen sieht, scheinen für Mexiko undenkbar. Auch Äußerungen wie die von Brasiliens scheidendem Präsidenten Lula da Silva, zumindest zwischen den BRIC-Staaten gebe es konkrete Überlegungen, wie man den US-Dollar als einzige Leitwährung ersetzen könne, sieht man im Land der Azteken eher mit Unbehagen. In internationalen Gremien und Organisationen sieht sich Mexiko zudem hinreichend gut positioniert, um Veränderungen dort aktiv voranzutreiben – die mexikanische Position scheint allgemein die einer typischen *status quo*-Macht. Mit der erhöhten Bedeutung der Schwellenländer, die innerhalb der Reform des Internationalen Währungsform vereinbart wurde, kann Mexiko gleichwohl gut leben.

Das passt zu den Aussagen, die Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugmann gerade bei einem Managementfo-

scheiterten *Megaevents* in die Geschichte des Klima



rum in Mexikos Hauptstadt traf: Mexiko, so Krugmann, gehöre eigentlich nicht zu den aufstrebenden Schwellenländern, die als Motoren einer globalen Wirtschaftswachstums in Frage kämen. Seine Wirtschaft sei dazu zu stark an die der USA gebunden und folge deren Logik und Dynamik.

#### Sehr allgemeine Ziele

„Die G20“, so Außenstaatssekretärin Lourdes Aranda denn auch gewohnt diplomatisch, „habe gute Fortschritte gemacht, im Finanzbereich gebe es allerdings noch Hausaufgaben zu erledigen.“ Ganz in diesem Sinne betonte Calderón selbst im Vorfeld des Gipfels auch, dass sich bei den zurückliegenden Treffen wichtige Länder verpflichtet hätten, ihre Zollschränken zu senken – die Realität sehe allerdings ganz anders aus.

Per *Twitter* teilte der Präsident zudem mit, die G20 müssten sich von einem Krisenreaktionsmechanismus zu einer Institution konsolidieren, die in einem „neuen globalen System der Wirtschaftsregierung“ eine essentielle Rolle spiele. Hauptaufgabe sei „die Stimulierung von Entwicklung“ – Mexiko werde sich dabei aktiv an Plänen für die Bereiche Infrastruktur, Investitionsförderung, Schaffung von Arbeitsplätzen und der Entwicklung von Humankapital, Handel, Finanzen, weltweiter Wissenstransfer sowie Nahrungssicherheit beteiligen. Eine prioritäre Aufgabe sei außerdem die Errichtung einer langfristig tragfähigen Finanzarchitektur. Hier müsste Mexiko auch als Gastgeber der G20 im Jahr 2012 Akzente setzen.

Schon vor Beginn der Beratungen hatte sein Präsidialamt vergleichsweise allgemein die Ziele Mexikos für den G20-Gipfel benannt:

- Konsolidieren wolle man die strategische Position Mexikos als zentraler Akteur multilateraler Wirtschaftsvereinbarungen;
- Gemeinsam mit den anderen Staaten wolle man die Wiederbelebung der Weltwirtschaft und ein nachhaltiges, balanciertes Wachstum vorantreiben;
- Fortschritte für die Entwicklungsländer sollten bei der Reformagenda der internationalen Finanzinstitutionen eine zentrale Rolle spielen;
- Fördern wolle man den Abbau des Protektionismus, damit der Handel ein fundamentales Instrument der wirtschaftlichen Erholung bilden könne;

- Aufsicht und Regulierung des internationalen Finanzsystems sollten gestärkt werden, um künftige weltweite Krisen vorzusehen und zu verhindern.

Diese Zurückhaltung findet bei mexikanischen Kommentatoren durchaus kritischen Widerhall. Dem Land, so der Tenor, gelinge es auch im Vergleich mit „Wettbewerbern“ aus anderen Schwellenländern nicht, sich international hinreichend in Szene zu setzen. Die Regierung kann gleichwohl darauf verweisen, dass Mexiko beim Einwerben von Auslandsinvestitionen erfolgreich ist und beim Abschluss bilateraler Freihandelsabkommen eine Spitzenstellung einnimmt. Derzeit verhandelt man etwa mit Brasilien über eine stärkere gegenseitige Marktöffnung – das klare Bekenntnis des Gipfels zu einem schnellen Abschluss der Doha-Handelsrunde ist ganz im Sinne Mexikos.

#### Sorgen um Währungsrelationen

Sorgen macht man sich allerdings auch in Mexiko nicht zuletzt um die Währungsrelationen. Der mexikanische Peso hat zwar bisher gegenüber dem Dollar nur moderat aufgewertet, die enorme Abhängigkeit vom Markt im Norden allerdings lässt eine Verteuerung der mexikanischen Produktion als wenig wünschenswert erscheinen. Noch allerdings, so etwa Jonathan Heath vom *Instituto Mexicano de Ejecutivos de Finanzas*, bestehe für Mexiko beim augenblicklichen Peso-Dollar-Verhältnis kein Risiko, die Wettbewerbsfähigkeit seiner Exporte einzubüßen – auch wenn die Währungsrelation 2008 schon einmal günstiger gewesen sei. Kritisch wird es nach übereinstimmender Einschätzung mexikanischer Experten wohl erst, wenn für einen US-Dollar weniger als 12 Pesos bezahlt werden müssten – momentan pendelt man bei etwa 12,5.

Deutlich äußerte sich allerdings José Angel Gurria, der mexikanische Generalsekretär der OECD, schon vor dem Gipfel zu seinen Besorgnissen: „Eingriffe in die Wechselkurse sind nicht die makroökonomisch sinnvollsten Maßnahmen – schließlich können sie protektionistische Reaktionen in anderen Ländern auslösen.“

Andererseits, so etwa der Chef der mexikanischen Zentralbank, Agustín Carstens, würde ein Erfolg der Stimulierungsmaßnahmen in den USA auch Mexiko und seinen Exporten nützen – gleichwohl müsse das Land angesichts weiterhin zu erwartender Wachstumsschwäche beim Nachbarn mehr für die Entwicklung des eigenen Binnenmarktes tun. Das nun, wie in der Schlussklärung des Gipfels vereinbart, der Internationale Wäh-



rungsfonds eine Analyse zu den „globalen Ungleichgewichten“ erarbeiten soll, gestützt auf mehrere Indikatoren, dürfte – in seiner ganzen Unverbindlichkeit – auch für Mexiko akzeptabel sein. Damit ist das Gesamtthema allerdings wohl nur vertagt und wird beim G20-Gipfel nächstes Jahr in Frankreich wieder auf der Tagesordnung stehen.

### **Börse boomt**

Dass der Leidensdruck in Mexiko bisher nicht inakzeptabel hoch ist, beweisen jüngste Indikatoren: Rekordniveaus erreicht mittlerweile der mexikanische Börsenindex. Auch eine Verteuerung mancher Rohstoffpreise wie Erdöl hat kurzfristig positive Effekte auf der Einnahmeseite. Einstweilen hat sich Mexiko gegen Kapitalverkehrskontrollen und zusätzliche Maßnahmen gegen Kapitalzuflüsse aus dem Ausland ausgesprochen: „Mexiko“, so Ricardo Ochoa vom Finanzministerium, „hat eine flexible Wechselkurspolitik, die zusammen mit der Steuer- und Währungspolitik genügend Instrumente bereithält, die Kapitalflüsse in gewünschter Weise zu lenken und keine Anreize für abrupte Kapitalbewegungen zu schaffen.“

Auffällig ist, dass sich in den zurückliegenden Monaten die mexikanischen Devisenreserven deutlich erhöht haben – sie werden voraussichtlich Ende des Jahres bei rund 113 Milliarden US-Dollar liegen. Auch die im Umlauf befindliche Geldmenge ist stark gestiegen, um 7,3 Prozent im laufenden Jahr. Bisher scheint die Zentralbank nicht mit einer Zinssenkung reagieren zu wollen, um Investitionen aus dem Ausland weniger attraktiv zu machen – Spielraum dazu hätte sie angesichts einer moderaten Inflationsrate um die vier Prozent wohl noch. „Die Lage“, so der bekannte Wirtschaftsjournalist Enrique Quintana, „ist kompliziert und sie wird einen chirurgischen Umgang mit der Währungs- und Wechselkurspolitik erfordern, um mit einem aggressiveren internationalen Umfeld zurechtzukommen.“

Zu diesem komplizierten Umfeld gehört auch die Erwartung, dass sich das Wirtschaftswachstum für Mexiko 2011 nach einem Jahr der Erholung – momentan hofft man auf ein Wachstum von rund fünf Prozent im Jahr 2010 – schon wieder abschwächen könnte. Zwischen 3,2 und 4,2 Prozent könnte es nach augenblicklichen Prognosen der *Banco de México* liegen. Ihr Chef führte für seinen zurückhaltenden Ausblick vier Szenarien an: weiterhin schwaches Wachstum in den USA, ein Abwertungswettlauf zwischen wichtigen Wirtschaftspartnern, die Auswirkungen massiver Maßnahmen zur Haushalts-

konsolidierung vor allem in Europa und eine abrupte Umkehr der Kapitalströme.

### **Verwerfungen in der Handelsbilanz**

Mexikos Handelsbilanz stellt sich ohnehin schon vergleichsweise heterogen dar: Überschüssen im Handel mit dem nördlichen Nachbarn stehen deutliche Defizite mit der Europäischen Union, vor allem aber mit den Ländern Asiens gegenüber. Gerade mit Blick auf die Billigimporte aus China kann Mexiko ein deutlich unterbewerteter Yuan nicht gleichgültig sein.

Alles in allem führt dies zu einer negativen Bilanz, und das, obwohl Mexiko nach wie vor rund 80 Prozent seiner Außenwirtschaft mit den USA abwickelt. Ein nicht unwesentlicher Teil sind dabei allerdings Erdölexporte. In einem Report der Weltbank war zudem jetzt zu lesen, dass Mexiko mit 11,4 Millionen Bürgern außerhalb seiner Landesgrenzen – sie leben fast ausschließlich in den USA – die größte Emigrantennation ist. Bei den Rücküberweisungen der Auslandsmexikaner in die Heimat liegt Mexiko weltweit an dritter Stelle.

Insgesamt finden viele Abwägungen und Kompromisse, die die Abschlusserklärung von Seoul und den *Seoul Action Plan* kennzeichnen, ihre Entsprechung wie dargestellt in Mexikos Wirtschafts- und Finanzpanorama. Auch die daraus folgende Regierungspolitik stellt den Versuch dar, ganz unterschiedliche Ziele zu einem möglichst kohärenten Handeln zusammenzubinden – mit mal mehr und mal weniger Erfolg.

### **Kontakt:**

#### **KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG AUSLANDSBÜRO MEXIKO**

Río Guadiana No. 3  
Col. Cuauhtémoc  
06500, Mexico, D.F.  
Mexiko

Tel. +52 55 5566 45 99  
Fax +52 55 5566 44 55

[kasmex@kas.de](mailto:kasmex@kas.de)  
[www.kas.de/mexiko](http://www.kas.de/mexiko)



## REAKTIONEN AUS RUSSLAND

**Russland war massiv von der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen. Daher ist es verwunderlich, dass in der russischen Presse kaum etwas über den fünften G20-Gipfel in Seoul zu lesen war, der sich mit den Ursachen und den Folgen dieser Krise auseinandersetzte. Denn sogenannte „Währungskriege“ oder erhöhte Handelsbarrieren weltweit könnten Russland empfindlich treffen. Es könnte aber auch sein, dass die russische Regierung keine großen Erwartungen an das Zusammentreffen der 20 stärksten Wirtschaftsnationen hatte, um konkrete Lösungen für die derzeitigen globalen Herausforderungen zu vereinbaren.**

### „Währungskriege“

Zukünftige globale Währungskriege und mit ihnen einhergehender Protektionismus als Folge würden Russland vor große wirtschaftliche Probleme stellen. Die Modernisierung der Wirtschaft Russlands ist auf ausländische Direktinvestitionen angewiesen, die allerdings seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf einem Rekordtief angelangt sind. Ohne diese Investitionen bleibt das Land weiterhin abhängig von der Produktion und dem Export seiner Rohstoffe. Diese werden weltweit in US-Dollar gehandelt. Die Abwertung des US-Dollars hat nicht nur direkte negative Auswirkungen auf die Staatseinnahmen Russlands aus dem Öl und Gasgeschäft. Russland besitzt auch die weltweit drittgrößten Währungsreserven, die zu 47 Prozent aus dem US-Dollar und zu 41 Prozent aus dem Euro bestehen (der Rest sind englische Pfund und japanische Yen).<sup>88</sup> Eine Abwertung des US-Dollars würde auch eine Abwertung der russischen Währungsreserven zur Folge haben. Der Euro selber ist nur aufgrund des schwachen US-Dollar zurzeit relativ stark, laut der Zeitschrift *The Economist* aber zu 29 Prozent überbewertet und könnte somit in naher Zukunft deutlich an Wert verlieren.<sup>89</sup>

Die hohen Schulden einiger Euro-Mitgliedstaaten und deren prekäre finanzielle Lage sind nicht erst seit der Griechenland-Krise eine Bedrohung für die Stabilität des Euroraums, dessen Nachbar und Wirtschaftspartner

Russland ist. Seit 2008 ist es offizielle russische Politik, die russische Währung, den Rubel, als regionale Reservewährung zu etablieren, auch wenn dies bis heute bei vielen ehemaligen Sowjetstaaten auf wenig Gegenliebe stößt.<sup>90</sup> Auch bietet der russische Anleihenmarkt nicht die Tiefe und Liquidität eines Dollar oder Euro, um als Reservewährung attraktiv zu sein. Noch während der Krise musste die russische Zentralbank ein Drittel ihrer Währungsreserven einsetzen, um einen dramatischen Kurssturz des Rubel abzuwenden. Präsident Medwedew sah die Verabschiedung eines Aktionsplanes für unterschiedliche makroökonomische Szenarien als das wichtigste positive Ergebnis des Zusammentreffens der G20. Zur Aufgabe Russlands in diesem Plan äußerte er sich allerdings nicht. Weiterhin wies Medwedew darauf hin, dass die Stabilität des Rubel vom russischen Binnenmarkt und den an eine stabile Währung geknüpften Bedingungen abhängt – jetzt, da die Gefahr eines Währungskrieges erst einmal verringert werden konnte. Dazu gehöre auch, Moskau als internationales Finanzzentrum zu etablieren. Voraussetzung dafür sei die Vermeidung von zukünftigen Finanzkrisen, weshalb Medwedew als zweites positives Ergebnis die Erschaffung eines globalen Finanzsicherheitsnetzes auf Vorschlag des koreanischen Gastgebers betonte.<sup>91</sup> Moskau stellte sich aber gegen den amerikanischen Vorschlag, die Obergrenze für die Außenhandelsbilanz auf 4 Prozent des BIP festzusetzen.<sup>92</sup> Derzeit besitzt Russland eine positive Außenhandelsbilanz von 6,3 Prozent.

### Globale Ungleichgewichte

Vor dem G20-Gipfel in Seoul kommentierte der Wirtschaftsberater des russischen Präsidenten Dimitri Medwedew, Arkadij Dworkowitsch, die Entscheidung der US-amerikanischen Notenbank, 600 Milliarden US-Dollar in den Markt zu pumpen, um die amerikanische Wirtschaft anzukurbeln: Zwar sei Geldpolitik für jedes Land eine Frage der Souveränität und man wolle sich nicht einmischen, aber dennoch werde der russische Präsident bei

<sup>88</sup> Die aktuellen internationalen Währungsreserven der Russischen Zentralbank belaufen sich auf 497 082 Mrd. US-Dollar, <http://www.cbr.ru/eng/> (18.11.2010).

<sup>89</sup> Vgl. *The Economist: An indigestible problem. Why China needs more expensive burgers*, 16.10.2010, S.78-79.

<sup>90</sup> Vgl. NZZ online: *Russland erweitert die Reservewährungen – Abkehr von Dollar und Euro*, [http://www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/russland\\_erweitert\\_die\\_reservewaehrungen\\_1.6126595.html](http://www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/russland_erweitert_die_reservewaehrungen_1.6126595.html) (23.6.2010).

<sup>91</sup> Vgl. Official site of the President of Russia: *News conference following G20 Summit in Seoul*, 12.11.2010, <http://eng.news.kremlin.ru/transcripts/1295/print>.

<sup>92</sup> *коммерсантъ*, „Идет война валютная. Лидеры "двадцатки" так и не помирили США и Китай“, 13.11.2010.



dem internationalen Treffen darauf bestehen, dass derartige Maßnahmen vorher in Abstimmung mit den anderen G20-Staaten besprochen werden.<sup>93</sup> Dieser indirekte Eingriff in den Wechselkurs des US-Dollar und dessen damit verbundene Abwertung wird nicht nur von russischer Seite kritisiert. Russland befürchtet, dass durch Handelsbarrieren Investitionen von Schwellenländern mit hohen Währungsreserven (China, Russland) in industrialisierte Länder mit hohen Defiziten (USA) erschwert würden. In der Folge hätten Schwellenländer mit dem vermehrten Kapitalfluss aus den USA zu kämpfen und keine Möglichkeit, diesen umzukehren. Die Folge wären höhere Inflation und damit Vermögensblasen in Schwellenländern – ein Szenario, das spätestens seit der Finanzkrise 1997/98 durchaus bekannt ist.

#### Handel

Arkadij Dworkowitsch warnte im Vorfeld des Gipfels vor dem Aufbau von Handelsbarrieren, die Investitionen behindern könnten. Russland selbst besitzt allerdings die höchsten Handelsbarrieren innerhalb der G20, gefolgt von den USA, Indien, Argentinien, Brasilien und China.<sup>94</sup> Während der Krise hatte Russland Zölle auf importierte Autos sowie Geflügelimporte aus den USA verhängt. Sowohl der Exportstopp von Getreide infolge der Sommerbrände dieses Jahres in Russland als auch die Ausfuhrzölle auf Holz sprechen eigentlich gegen die offizielle Politik der russischen Regierung beim G20-Gipfel und stellen unter anderem auch eine Barriere bei der Aufnahme Russlands in die WTO dar.<sup>95</sup>

#### Reform des IWF

Ein weiteres Anliegen Russlands war es, das Quotensystem des IWF zu reformieren. Ein historischer Durchbruch konnte bereits letzten Monat beim Treffen der G20-Finanzminister vereinbart werden. So werden die Stimmrechte von bisher unterrepräsentierten Schwellenländern um 6 Prozent angehoben. Europäische Länder werden zwei der acht Sitze in dem 24 Mitglieder starken Exekutivdirektorium abgeben. Russland hatte bereits öfter mehr Stimmrechte für Schwellenländer gefordert, insbesondere für die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China. Während die BRIC nach der neuen Stimmrechtsreform bei der Weltbank unter den ersten

zehn Staaten mit den meisten Stimmrechten vertreten sind, ist es bei der Reform des IWF noch weiter unklar, wer die Gewinner und die Verlierer sein werden. Russland besteht darauf, dass als Hauptkriterium für das neue Quotensystem nicht der nominale Wert des BIP, sondern die Kaufkraftparität herangezogen wird, da dadurch Schwellenländer automatisch mehr Stimmrechte erhielten.<sup>96</sup> Präsident Medwedew betonte auf der abschließenden Pressekonferenz in Seoul, dass ein reformierter IWF nötig sei, um dessen Legitimität zu wahren.

#### Aufnahme Südafrikas in die Gruppe der BRIC

Russland misst den drei großen aufstrebenden Wirtschaftsmächten, die zusammen mit dem Land die BRIC-Gruppe bilden, besondere Bedeutung zu. Die Staaten selber haben zu unterschiedliche Interessen, als dass sich daraus eine schlagkräftige Organisation hätte bilden können, wie es durchaus in russischem Interesse wäre. Ein Interesse aber haben sie gemeinsam: Alle BRIC-Staaten stellten den US-Dollar als internationale Leitwährung in der Vergangenheit in Frage und kritisierten, dass dadurch das internationale Währungssystem instabil würde. Der Wirtschaftsberater des russischen Präsidenten, Dworkowitsch, betonte, dass die Idee einer Korrektur der Liste möglicher Weltwährungen nach wie vor aktuell sei und wies daraufhin, dass dies eine der Schlüsselfragen des französischen Vorsitzes der G20 sein werde.<sup>97</sup> Weiterhin möchte Russland dem Wunsch Südafrikas entgegenkommen, sich der Gruppe der BRIC-Staaten anzuschließen. Dadurch erhofft sich Russland, der BRIC-Staatengemeinschaft mehr Gewicht zu verleihen. Südafrika gilt aber als schwächstes Mitglied der G20. Weitaus geeigneter wäre da der Gastgeber Korea gewesen; das Land würde, zusammen mit Mexiko, aufgrund seiner Wirtschaftsleistung eher in den BRIC-Rahmen passen.

#### Fazit

Die Position Russlands vor dem G20-Gipfel in Seoul war also eindeutig: Währungskriege sowie die Errichtung neuer Handelsbarrieren vermeiden, die Kooperation und Koordination unter den G20-Staaten ausbauen, insbesondere auf makroökonomischer Ebene, die weitere Durchsetzung einer internationalen Bankenregulierung zur Vermeidung zukünftiger systembedrohender Bankenpleiten, sowie die Fortsetzung der Reformen im IWF

<sup>93</sup> Vgl. Olga Razumovskaya: *Medvedev Seeks G20 Monetary Talks*, The Moscow Times, 9.11.2010.

<sup>94</sup> Vgl. The Moscow Times, *G20 Asked to Ease Investment Barriers*, 12.11.2010.

<sup>95</sup> Vgl. ebd.

<sup>96</sup> Vgl. Kommersant, 13.11.2010.

<sup>97</sup> Vgl. ebd.



mit Hinblick auf die stärkere Beteiligung bisher unterrepräsentierter Schwellenländer.

Die geringe Beachtung in den Medien und die eher vagen Äußerungen Medwedews auf der Pressekonferenz zum Abschluss des G20-Gipfels lassen darauf schließen, dass Russland bei dem Treffen insgesamt eine eher passive Rolle einnahm. Vielmehr nutzte Medwedew die Möglichkeit vor Ort, mit seinem südkoreanischen Kollegen und führenden mitgereisten Wirtschaftsvertretern Verträge vor allem im Energiebereich zu unterschreiben. Russland sieht Südkorea als wichtigen Kooperationspartner in der Modernisierung der russischen Wirtschaft, dies insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz, Medizin, Raumfahrt, Computer- und atomarer Technologien. Im Gegenzug liefert Russland – neben China und Japan – nun auch ab 2017 Gas nach Südkorea. Russland wird infolge dieser Verträge dann fast genauso viel Gas nach Asien transportieren wie nach Europa.<sup>98</sup> Dies wiederum wird auch für die EU nicht ohne Nachwirkungen sein.

**Kontakt:**

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
AUSLANDSBÜRO RUSSLAND**

Borodinskaja Str. 2a  
Office Nr. 450  
121059 Moskau  
Russische Föderation

Tel. +7 495 74868-72

Fax +7 495 74868-73

[info@adenauer.ru](mailto:info@adenauer.ru)

[www.kas.de/russland](http://www.kas.de/russland)

---

<sup>98</sup> Vgl. Gazprom: *Korean Market to Rival France*, The Moscow Times, 11.11.2010.



## REAKTIONEN AUS SÜDAFRIKA

**Das G20-Treffen in Seoul versuchte die Einheit der Staats- und Regierungschefs, die während der Finanzkrise vor zwei Jahren entstanden war, wieder zum Leben zu erwecken. Aber Meinungsverschiedenheiten sorgten dafür, dass nicht viel mehr als die bereits auf dem Ministertreffen im Vorfeld zu den Verhandlungen gefassten Beschlüsse erreicht wurden.**

Wenig wurde von dem G20-Gipfel in Seoul erhofft und diejenigen, die mit geringen Erwartungen anreisten, wurden nicht enttäuscht. Daher war es auch nicht weiter verwunderlich, dass die südafrikanische Medienberichterstattung vor und nach dem Treffen eher zurückhaltend ausfiel. Dennoch identifizierten einige Tageszeitungen wie zum Beispiel *The Star*, *Business Day* und *Business Report* drei entscheidende Themen für Südafrika auf dem Treffen der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer.

Erstens ist und war die Beilegung des „Währungskrieges“ eines der Hauptanliegen Südafrikas. Die USA hatten nur eine Woche vor dem Treffen angekündigt, dass die US-amerikanische Notenbank *Fed* Staatsanleihen für rund 600 Milliarden US-Dollar kaufen wird. Man befürchtet eine Überflutung der Märkte mit US-Dollar, welche die Währung schwächt und US-Exporte fördert. Der südafrikanische Rand würde dagegen zum Dollar weiter steigen. Der Rand hat gegenüber dem US-Dollar seit Anfang 2010 bereits um 28 Prozent an Wert gewonnen.<sup>99</sup> Diese Entwicklung schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der südafrikanischen Wirtschaft und beeinflusst die Handelsbilanz des Landes negativ. Ein Großteil der amerikanischen Geldschwemme würde nach Einschätzung von Experten in die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer fließen, den Zinssatz der örtlichen Währungen manipulieren und letztlich zu einer Anlageblase führen. Der südafrikanische Finanzminister Pravin Gordhan ist daher der Meinung, dass „Länder, die ihre Währung schwächen, verstehen müssten, welchen Schaden sie in den Entwicklungs- und Schwellenländern anrichten“, da ein starker Rand südafrikanische Produkte auf dem Weltmarkt weiter verteuern würde.<sup>100</sup> Laut Peter Draper vom renommierten *South African Institute for International Affairs* (SAIIA), einem langjährigen Partner der KAS in

Johannesburg, sind die Volkswirtschaften der Schwellenländer zwischen einem amerikanischen und chinesischen Währungskrieg gefangen. Während die USA zusehends US-Dollar auf den Markt brächten, hielt China seine Währung, den Yuan, künstlich niedrig. Dies führe zu unfairen Wettbewerbsvorteilen – zum Nachteil der Schwellenländer.

Wenig Hoffnung setzte das südafrikanische Verhandlungsteam jedoch in das G20-Treffen, um diesem Währungskrieg ein Ende zu bereiten. Im Vorfeld ließ der südafrikanische Präsident Jacob Zuma verlauten, dass Südafrika die Bewertung des Rand selber unter Kontrolle bringen müsse und keine Hilfe von anderen Staaten erwarten könne.<sup>101</sup> Er rief die G20-Nationen jedoch dazu auf, die Interessen der globalen Wirtschaft vor die eigenen, nationalen Interessen, zu setzen.<sup>102</sup> Das Ergebnis des G20-Treffens war dann auch für die Schwellenländer mehr als unbefriedigend. Zwar gelobten die Teilnehmer der Konferenz, einen marktorientierten Wechselkurs zuzulassen und diesen nicht mehr künstlich abzuwerten; inwieweit dies aber einer Kontrolle unterliegen wird, blieb offen.

### Ein Sitz für Südafrika im Internationalen Währungsfonds?

Ganz oben auf der Wunschliste Südafrikas steht ein Sitz Sub-Sahara-Afrikas im Vorstand des IWF, da das südliche Afrika im der Organisation bisher unterrepräsentiert ist. Bereits auf dem Treffen der Finanzminister im Vorfeld des G20-Gipfels hatten die teilnehmenden Länder beschlossen, die Sitzverteilung im Fonds anzupassen. Die EU hat sich dazu bereit erklärt, zwei ihrer Sitze abzugeben, um die Position der Schwellenländer zu stärken. Relativ früh im Verlauf der Verhandlungen wurde deutlich, dass die beiden Sitze an China und Indien gehen könnten. China ist die zweitgrößte Wirtschaftsnation und ein natürlicher Kandidat für einen der Sitze. Der US-amerikanische Präsident Barack Obama hatte sich bereits vor den Verhandlungen im Rahmen seines Besuchs in Indien für einen indischen Sitz ausgesprochen. Südafrika wollte sich daher für einen dritten Sitz einsetzen,

---

<sup>99</sup> Vgl. *US to draw fire at G – 20 over easy Dollar move*, *Business Day*, 8.11.2010.

<sup>100</sup> Vgl. *Gordhan turns up heat before G20*, *The Star*, 9.11.2010.

---

<sup>101</sup> Vgl. *Zuma can expect no help on strong Rand*, *The Star*, 8.11.2010.

<sup>102</sup> Vgl. *Zuma urges G20 leaders to avoid currency war*, *Mail and Guardian*, 11.11.2010.



falls einer der beiden europäischen Sitze nicht an ein afrikanisches Land gehen sollte.

Zusätzlich zur Umstrukturierung der Sitze sollen auch die Stimmverteilung und das Stimmrecht angepasst werden. Mehr als sechs Prozent der Stimmrechte werden an unterrepräsentierte Länder verteilt. Wichtigster Faktor bei der Umverteilung von Stimmen ist das Bruttoinlandsprodukt eines Landes. Auch hierbei könnten die afrikanischen Staaten gegenüber China, Indien und anderen asiatischen Ländern verlieren.<sup>103</sup> In Seoul wurde nicht darüber abgestimmt, wie genau die sechs Prozent verteilt werden. Um seine Position zu stärken und einen Sitz zu erhalten müsste Südafrika den anderen G20-Ländern ein politisches Tauschgeschäft anbieten; fraglich ist allerdings, was das Land im Tausch für einen Sitz und mehr Stimmen bieten könnte. Daher bleibt es unwahrscheinlich, dass Südafrika als Gewinner aus den Verhandlungen hervorgehen wird.

#### **Die erste *Developing Working Group***

Neben dem Währungskrieg und der Sitzverteilung war das wichtigste Anliegen Südafrikas, den Bedürfnissen der Entwicklungsländer Gehör zu verschaffen und die systemische Ungleichheit abzuschaffen. Da die südafrikanische Regierung bereits im Vorfeld den Verhandlungen und Hilfen im Währungsstreit gegenüber pessimistisch eingestellt war, wollte sich Jacob Zuma in Seoul insbesondere für finanzielle Zusagen der Industrienationen an die Entwicklungsländer einsetzen und so auf dem internationalen Parkett punkten. Die Lücke zwischen armen und reichen Staaten soll langfristig geschlossen und die sich entwickelnden Länder von den Industrienationen als gleichwertige Partner betrachtet werden. Das G20-Treffen in Seoul war das erste Treffen, das die Anliegen der Entwicklungsländer in den Fokus rückte. Gemeinsam mit Südkorea leitete Südafrika die *Developing Working Group*, welche den Entwicklungsländern – neben mehr finanziellen Zusagen – größeren Einfluss in internationalen Organisationen verschaffen wollte.

Weiterhin hat Zuma große Hoffungen in die Bereitstellung finanzieller Mittel für den Ausbau von Infrastruktur, die Entwicklung von afrikaweiten Infrastrukturprogrammen sowie den Technologietransfer durch Industrie- an Entwicklungs- und Schwellenländer gesetzt. Laut Zuma müsse das Handelsungleichgewicht ausgeglichen wer-

den; dies sei nur zu schaffen, wenn Nachfrage für Produkte auch außerhalb Europas und der USA geschafft würde.<sup>104</sup> Bereits jetzt hätten die afrikanischen Länder großes Wachstumspotential; dieses Potential müsse von den Industrienationen genutzt und unterstützt werden, so Zuma.

Immerhin wurde in Seoul der *Seoul Development Consensus for Shared Growth* verabschiedet. Ein besonderer Schwerpunkt des Übereinkommens liegt auf der Entwicklung von Infrastruktur. Afrikanische Länder begrüßten zwar das Papier, doch die bloßen Versprechen, Lösungen für das Handelsungleichgewicht zu schaffen, seien nicht ausreichend. Daher müssen zukünftige G20-Treffen diese Thematik aufgreifen, um nachhaltige Ergebnisse liefern zu können, so afrikanische Medien.

#### **Internationale Finanzmarktregulierung kein Thema für Südafrika**

Ein für die Industrienationen wichtiges Thema des G20-Gipfels war der Ausbau der Finanzmarktregulierung. Da der südafrikanische Finanzsektor die globale Wirtschaftskrise im Vergleich zu den Industrienationen relativ unbeschadet überstanden hatte, steht eine stärkere Finanzmarktregulierung bislang nicht auf der südafrikanischen Agenda. Nationale Regulierungen sind nach Meinung der südafrikanischen Regierung ausreichend. „Südafrika hat sehr reale Besorgnisse hinsichtlich des Freiraums für seine Politik im Inland und hinsichtlich möglicher Beschränkungen seiner Handlungsfähigkeiten durch äußere Entscheidungen.“<sup>105</sup> Dementsprechend hat das Land ein großes Interesse, internationale Entscheidungen im Bereich der Finanzregulierung mitzugestalten.

Insgesamt gehen Experten davon aus, dass das Ergebnis des G20-Treffens nur geringe Auswirkungen auf Südafrika oder die südafrikanische Wirtschaft haben wird. Der ausländische Kapitalzufluss wird durch das Gipfeltreffen nicht gestoppt werden und der Rand wird weiterhin gegenüber dem Dollar an Wert gewinnen. Zwar hat sich Pravin Gordhan Gehör verschafft, doch waren die USA insbesondere durch die Verhandlungen mit Deutschland und China über Exportgrenzen absorbiert. Andererseits

---

<sup>103</sup> Vgl. Gordhan seeks African seat at the IMF, Business Report, 10.11.2010

---

<sup>104</sup> Vgl. Zuma expects action plan at G20, Business Report, 11.11.2010

<sup>105</sup> P. Draper, E. Sidiropoulos, K. Leicher: Südafrikas Ziele auf dem G-20 Treffen, in: KAS Auslandsinformationen 5/2010, S. 124.



wurde im Land das starke Auftreten Südafrikas auf dem Treffen positiv aufgenommen. Besonders das Verhandlungsgeschick des südafrikanischen Finanzministers wurde mit Wohlwollen registriert und sein Einsatz für die Entwicklungs- und Schwellenländern in der Presse gewürdigt.<sup>106</sup> Letztendlich war das G20-Treffen in Seoul jedoch auch ein Beweis für das nach wie vor unausgewogene Verhandlungsgewicht von Industrie- und Entwicklungsländern.

Am Rande des G20-Treffen hat sich Südafrika um Aufnahme in die BRIC-Staatengruppe beworben. Brasilien, Russland, Indien und China bilden die Gruppe der vier wirtschaftlich stärksten Entwicklungsländer. Eine Aufnahme Südafrikas ist zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlich – mit einem diesjährigen Wirtschaftswachstum von voraussichtlich 2,3 Prozent kann Südafrika nicht mit diesen Ländern mithalten.<sup>107</sup>

**Kontakt:**

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
AUSLANDSBÜRO SÜDAFRIKA**

Bo 60 Hume Road  
Dunkeld 2196/ Johannesburg

Tel. +27 11 214 29 00

Fax +27 11 214 29 13

[info@kas.org.za](mailto:info@kas.org.za)

[www.kas.de/suedafrika](http://www.kas.de/suedafrika)

---

<sup>106</sup> Vgl. *Much ado about nothing in Seoul*, Sunday Times, 14.11.2010.

<sup>107</sup> Vgl. *SA wants to work, play, with the big(ger) kids*, Sunday Times 14.11.2010.



## REAKTIONEN AUS DER TÜRKEI

**Für die Türkei war der G20-Gipfel in Seoul vor allem eine willkommene Gelegenheit, sich in Gesellschaft der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer zu präsentieren und somit die eigene Rolle als aufstrebende wirtschaftliche und politische Regional- und Mittelmacht zum Ausdruck zu bringen. Aufgrund der rasanten Wirtschaftsentwicklung in den letzten zehn Jahren und der wachsenden Bedeutung des Landes in der internationalen Politik gibt sich die Regierung in Ankara zunehmend selbstbewusst und erhebt Anspruch auf Mitspracherechte in den wichtigsten globalen Entscheidungs- und Steuerungsgremien.**

Die Aufmerksamkeit der türkischen Medien richtete sich deshalb auch stärker auf die Treffen und Gespräche der türkischen Delegation mit wichtigen Staats- und Regierungschefs am Rande der Konferenz denn auf den eigentlichen Verlauf und die Ergebnisse des Gipfels. Als bedeutender Erfolg wurde die in Seoul beschlossene Reform des Internationalen Währungsfonds gefeiert, in deren Folge den Schwellenländern mehr Quotenanteile und somit mehr Einfluss auf die Entscheidungen der wichtigsten internationalen Finanzinstitution zugeteilt werden. Die Türkei rückt demnächst unter die 20 größten Anteilseigner des IWF auf. Die schärferen Risikovorschriften für Banken betreffen die Türkei nur wenig, da sie bereits 2001 als Reaktion auf die eigene schwere Finanzkrise ihr Bankensystem radikal reformiert hat.

Die Erwartungen der Türkei an den Gipfel in Seoul unterschieden sich nicht wesentlich von denen Deutschlands. Als das Land mit einem hohen Leistungsbilanzdefizit sprach sich die Türkei klar gegen die von den USA geforderten verbindlichen Leistungsbilanzziele aus. Die türkische Regierung äußerte ebenfalls Kritik am Beschluss der US-Notenbank, bis Mitte 2011 laufende Staatsanleihen im Gesamtwert von 600 Milliarden Dollar aufzukaufen. Diese Maßnahme, die der lahmen US-Konjunktur neuen Schwung bringen soll, würde zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer gehen, sagte der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan vor seiner Abreise nach Seoul. „Dies ist nicht fair und die Türkei kann eine solche Vorgehensweise nicht billigen“ so Erdoğan<sup>108</sup>. In ähnlicher Weise äußerte sich eine Woche zuvor Wirtschaftsminister Ali Babacan. Auf der ande-

ren Seite wird der künstlich niedrig gehaltene Währungskurs Chinas ebenfalls als Gefahr für das globale Gleichgewicht gesehen. Der Wirtschaftskolumnist der auflagenstärksten türkischen Zeitung Zaman, Asim Erdilek, stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob der Welt ein Krieg der Währungen bevorstehe.<sup>109</sup>

In einem Interview für die Agentur Reuters, das von der türkischen Presse ausführlich zitiert wurde, stellte Premierminister Erdoğan seine Agenda für den G20-Gipfel vor. Die Türkei sei in einer guten wirtschaftlichen Verfassung und könne dank der schnellen Überwindung der Folgen der globalen Finanzkrise ihren restlichen Kredit beim IWF voraussichtlich bis 2012 zurückzahlen. Jetzt zahle sich aus, dass die Türkei während der Rezession von 2009 keinen neuen Kredit – zusätzlich zum Kredit von 2001 – aufgenommen habe. „Vor acht Jahren hatten wir eine Verschuldung von 23,5 Milliarden US-Dollar, heute schulden wir dem IWF nur noch 6 Milliarden. Und ich schätze, dass wir bis 2012 unsere Schulden komplett beglichen haben werden.“ Seit der Krise von 2001 habe die Türkei ihre Wirtschaft umfangreich reformiert und transformiert. Innerhalb von acht Jahren sei sein Land vom 26. Platz in der Weltrangliste auf den 11. Rang der größten Volkswirtschaften aufgestiegen, so Erdoğan. Die türkische Wirtschaft sei die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft in Europa. Diese Entwicklung gehe mit einem zunehmenden Zufluss an Kapital und Investitionen einher. Dabei seien jedoch für die Türkei die ausländischen Investitionen in die Realwirtschaft wichtiger als das Geld, das in den boomenden Aktienmarkt fließe. Der türkische Börsenindex sei in diesem Jahr um 34 Prozent gestiegen, der aktuelle Index liege bei 71.543 Punkten, im Vergleich zu 11.000 vor acht Jahren. In den ersten neun Monaten des Jahres 2010 habe die Türkei Eurobond-Anleihen in Höhe von 6 Milliarden US-Dollar platzieren können. Die laufende Inlandsverschuldung könne, laut Schätzung des Finanzministeriums, von derzeit 90 Prozent auf 88 Prozent im nächsten Jahr sinken.<sup>110</sup> Im Interview äußerte Erdoğan abermals Kritik an der Geldpolitik der US-Notenbank.

Die Berichterstattung über den Verlauf des Gipfels in den türkischen Medien war relativ bescheiden. Die Presse

---

<sup>108</sup> Vgl. *Hürriyet*, 11.11.2010.

---

<sup>109</sup> Vgl. *Can the G-20 avert a global war?*, Today's Zaman, 25.10.2010.

<sup>110</sup> Vgl. *Turkish PM to air concern over Fed's QE2 at G20 summit*, Reuters, 09.11.2010.



beschränkte sich zum großen Teil auf die Übernahme ausländischer Agenturmeldungen (AP, Reuters). In eigenen Beiträgen wurden vor allem Äußerungen von Premierminister Erdoğan im Rahmen verschiedener Arbeitssitzungen zitiert. Der türkische Regierungschef forderte mittel- und langfristige Maßnahmen zum Abbau globaler Ungleichgewichte und unterstrich die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen zur Lösung globaler Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit, mangelnde Gesundheitsversorgung und Klimawandel.<sup>111</sup>

Ausführlicher und detaillierter wurde indes über die Gespräche berichtet, die türkische Regierungspolitiker am Rande des Gipfels geführt hatten. Premier Erdoğan, der in Seoul vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Ali Babacan, Finanzminister Mehmet Şimşek, Energieminister Taner Yıldız sowie Staatsminister Mehmet Aydın begleitet wurde, traf mit einer Reihe wichtiger Staats- und Regierungschefs zusammen, um vor allem bilaterale Angelegenheiten zu besprechen. Topthema des Treffens zwischen Erdoğan und dem US-Präsidenten Barack Obama war das von der NATO geplante Raketenabwehrsystem. Wichtige Komponenten des Systems, das vor allem als Schutz gegen mögliche Bedrohungen aus dem Nahostraum – wie dem Iran – gedacht ist, sollen in der Türkei stationiert werden. Die Türkei stellt diesbezüglich Vorbedingungen, die mit sicherheitspolitischen Sensibilitäten in der Region begründet werden. Beim anstehenden NATO-Gipfel in Lissabon soll über die Stationierung des Raketenchilds entschieden werden. Der Türkei geht es vor allem darum, dass im entsprechenden Schlussdokument kein konkretes Zielland genannt wird und dass das System das gesamte Territorium des Landes erfasst. In einer Presserklärung nach seiner Rückkehr in die Türkei am 15.11. erhob Erdoğan jedoch zusätzlich den Anspruch auf einen Teil der Kommandogewalt über das Abwehrrsystem. „Es ist wichtig, wer das Kommando führt. Wenn sie das System bei uns installieren wollen, sollte das Kommando an uns gehen“, sagte der Premierminister.<sup>112</sup>

Auch der türkische Energieminister Taner Yıldız führte am Rande des G20-Gipfels wichtige Gespräche. Die Türkei plant den Bau von zwei Atomkraftwerken, für eines

der Bauprojekte hatte sich ein Konsortium der südkoreanischen staatlichen Elektrizitätsgesellschaft KEPCO beworben. Im Laufe der Verhandlungen stellte sich jedoch heraus, dass die Bedingungen Südkoreas nicht den türkischen Erwartungen entsprechen. Die Differenzen konnten bei den Verhandlungen in Seoul nicht ausgeräumt werden und so erklärte Minister Yıldız die Gespräche am 15.11. für gescheitert. Die Türkei wolle nun mit Japan verhandeln. Das zweite Kernkraftwerk soll indes mit russischer Beteiligung gebaut werden.<sup>113</sup>

Ein für die Türkei wichtiger Punkt der G20-Agenda ist die Neuordnung der Machtverhältnisse beim Internationalen Währungsfonds. Mit großer Aufmerksamkeit wurde die Äußerung des IWF-Chefs Dominique Strauss-Kahn am Rande des G20-Treffens der Finanzminister und Zentralbankchefs in Gyeongju am 23.10.2010 vernommen, wonach die Türkei gute Chancen auf einen Sitz im IWF-Exekutivdirektorium habe.<sup>114</sup> Die G20 hatte sich darauf verständigt, dass im Rahmen der IWF-Reform zwei der bisher von den Europäern besetzten neun Posten im Top-Gremium an Schwellenländer abgegeben werden sollen. Mit der am 5.11. vom Exekutivrat beschlossenen Umverteilung der Stimmrechte und Anteile der 187 IWF-Mitgliedstaaten wurde neben anderen Schwellenländern auch die Türkei aufgewertet. Ihre Quote ist von 0,658 auf 0,98 Prozent gestiegen und die Türkei ist somit auf Platz 20 unter den größten IWF-Eignern vorgerückt.<sup>115</sup> Die Veränderungen treten allerdings erst nach Abschluss des Ratifizierungsprozesses in Kraft; dieser wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Der G20-Gipfel hat die zunehmend wichtige Rolle der Türkei in der globalen Wirtschaft und Politik bestätigt. Kaum ein anderes Land hat in der letzten Dekade eine vergleichbar rasante Entwicklung durchgemacht. Seit der Überwindung der eigenen schweren Finanz- und Wirtschaftskrise 2001 hat sich die Wirtschaftsleistung der Türkei verdreifacht. Im ersten Halbjahr 2010 wuchs die Wirtschaft um 11 Prozent, für das Gesamtjahr rechnet der IWF mit einem Wachstum von 7-8 Prozent. Das ist nach China der höchste Wert unter den G20-Ländern und doppelt so hoch wie der europäische Durchschnitt. Die Inflationsrate liegt unter zehn Prozent und die Ge-

---

<sup>111</sup> Vgl. *Prime Minister Erdoğan says nations should join their forces to improve social welfare*, Today's Zaman, 12.11.2010, *Erdoğan vows medium and long-term policies to fight against global imbalances*, Today's Zaman, 13.11.2010.

<sup>112</sup> Vgl. *Turkish PM sees missile shield system as step taken within scope of NATO*, Anatolian News Agency, 15.11.2010.

---

<sup>113</sup> Vgl. *Nuclear power talks to start with Japan*, Hürriyet Daily News, 15.11.2010.

<sup>114</sup> Vgl. *IMF Head cites wide agreement on seat for Turkey on board of directors*, Anatolian News Agency, 24.10.2010.

<sup>115</sup> Vgl. *Emerging countries including Turkey increase share in IMF*, Today's Zaman, 15.11.2010.



samtverschuldung ist von 73 Prozent im Jahr 2002 auf gegenwärtig 45 Prozent gefallen. Riskant bleiben allerdings die relativ hohe Arbeitslosigkeit (12 Prozent) und das hohe Leistungsbilanzdefizit. Man kann jedoch davon ausgehen, dass die Türkei sowohl auf europäischer als auch globaler Ebene zunehmend selbstbewusst agieren und eigene Interessen vertreten wird.

**Kontakt:**

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
AUSLANDSBÜRO TÜRKEI**

Ahmet Rasim Sokak 27  
06550 Cankaya-Ankara  
Türkei

Tel. +90 312 440 40 80  
Fax +90 312 440 32 48

[kas@konrad.org.tr](mailto:kas@konrad.org.tr)  
[www.kas.de/tuerkei](http://www.kas.de/tuerkei)



## REACTIONS FROM THE U.S.

During the G20-Summit in Seoul the expectation was that global imbalances, currency values and financial regulation would bring leaders together to form a consensus on how best to move forward in the lasting global financial crisis. However, when world leaders failed to agree, declaring at the end of the summit that they would work to tackle global economic tensions and vulnerabilities, they heightened rather than lowered the fears of expanding currency wars and trade protectionism.

The summit was an effort to smooth over rifts between export-rich countries and debt-heavy consumer nations. However, right from the onset, leaders such as China and Germany made it clear that they were not afraid to stand up to the U.S. on global economic issues and, in the end, may act on their own. President Obama had to give up on getting others to agree to numerical targets for current account deficits and surpluses. Instead, G20 leaders left their finance ministers to set indicative guidelines to measure large current account imbalances, in consultation with the International Monetary Fund (IMF), but left the details up for discussion until next year.

The official communiqué was brief and vague, reiterating four key points: 1) the commitment to market-determined exchange rates 2) to avoid competitive devaluations 3) to work towards a framework and guidelines for current account imbalances and 4) to avoid trade protectionism. However, the communiqué did not include triggers or mention of measures to be taken, and with countries watching out for their own bottom lines in a weak and uncertain global economy, coordinated economic action is not likely to flourish anytime soon, leaving many to speculate on the worst. As the *Financial Times* wrote recently: "This is not collective leadership but joint abdication of power."<sup>116</sup>

### Global Imbalances

At the end of the summit, the world's top 20 economies vowed to refrain from "competitive devaluation" of currencies after two days of talks in Seoul. The leaders of the G20 in a joint declaration, also agreed to come up with "indicative guidelines" designed to identify and

tackle large trade imbalances affecting world growth. But the agreement fell short of U.S. proposals to set a limit on national trade deficits and surpluses, after opposition from China and Germany, the world's two biggest exporters.

Speaking at a news conference at the end of the summit, U.S.-President Barack Obama said, countries with large surpluses must shift away from an "unhealthy dependence" on exports. "Some countries are running large surpluses, others running large deficits," Obama said. "Put simply, we risk slipping back into the old imbalances that contributed to the economic crisis in the first place and threaten global recovery."

However, many leaders at the summit, especially China and Germany, made it clear to president Obama that central to the debate on trade imbalances is the question of currency exchange rates. U.S. officials say China's currency is artificially weak and gives Chinese exporters an unfair advantage as well as leading to Beijing amassing huge foreign reserves. White House Press Secretary Robert Gibbs said the currency issue was by far the bulk of the meetings at the summit.

### Currencies

The United States faces complaints from China, Germany and other nations that Washington is itself pushing down the value of the U.S.-dollar. The Federal Reserve Bank has announced it is to pump 600 billion dollars into the economy so as to stimulate growth, and that has the secondary effect of weakening the dollar. U.S. officials deny that the move represents intervention in exchange rates, saying the market is freely assigning value to the dollar. However, EU officials believe the strategy will not work. "In the U.S., because interest rates are already low and the banks are not willing to lend, we do not think that quantitative easing will have a significant impact," an official said.<sup>117</sup>

Right before the start of the summit, the president said that as two of the world's largest economies, the United States and Germany must make sure to work for balanced and sustainable growth and Chancellor Merkel spoke of the need to send a good signal for global

---

<sup>116</sup> Cf. <http://www.ft.com/cms/s/0/8f33885e-ee90-11df-9db0-00144feab49a.html>

---

<sup>117</sup> Cf. <http://www.euractiv.com/en/euro-finance/eu-brings-germanys-currency-plea-g20-news-499614>



growth. However, Chancellor Merkel dismissed U.S. calls for numerical limits for current account balances, saying she hoped to avoid a confrontation between China and the United States over trade and currencies. "I don't think much of quantified balance of payments targets," she said. "Exchange rates should reflect the real economic strength of a country. (...) Particularly in view of the debate about China we need to find facts and benchmarks to calculate a fair exchange rate."

Chancellor Merkel, who rejected and resisted President Obama's call for hefty stimulus spending in the wake of the global financial crisis, feels that time has proven her right. She rebuffed President Obama's call for trade rebalancing measures, confident in the assurance that her refusal to agree to Obama's global stimulus prescription paid off – at least for Germany, whose exports have boomed and whose unemployment rate is well below the U.S.'s 9.6 percent. "Some of what we're seeing, particularly in the case of Germany, is this feeling that 'We were right,'" observed I.M. Destler, a specialist in international security and economic policy at the University of Maryland.

With regards to China, Ma Delun, a deputy governor of the People's Bank of China, said he was concerned the Fed's spending spree may undermine efforts to balance out global growth. Ma said that the Fed's program "may add risks to the global economic imbalance, put pressure on emerging markets to adjust their international balance of payments and could also stir the formation of asset bubbles, all of which require our vigilance. "Some speculate that the underlying problem is not an international trade imbalance between nations, but an imbalance within nations – especially inside the U.S. and China. In the U.S., more and more income is concentrating at the top, thereby reducing the relative purchasing power of middle class Americans. That means more pressure on job-creating exports to fill the gap. In China, more and more income is going to the productive sector of its economy rather than to Chinese consumers, thereby reducing the relative purchasing power for the Chinese, relative to what the nation is producing. That means more pressure on exports to fill the gap."

Ben Steil, Director of International Economics at the Council on Foreign Relations, said that before the G20 meeting in Seoul, there was much more pressure on China than on the U.S. in terms of global imbalances of deficits and surpluses. "But given the timing of the Fed's actions just days before the summit, it makes it look as if the U.S. is behaving no differently, and China ex-

ploited that to the maximum."<sup>118</sup> When China and Germany suddenly found themselves on the same page in their opposition to global measures (as advocated by President Obama) to address trade imbalances, their interests coalesced and it emboldened their defiance. This may be one factor as to why China was again not signaled out at the end of the summit as a currency manipulator.

Uri Dadush, who directs the International Economics Program at the Carnegie Endowment for International Peace, said the system of flexible exchange rates that had existed since 1971, was at risk of breaking down. "At the heart of the problem is the unwillingness of the big players – and here I would single out the U.S., Germany and China – to deal with their own domestic problem." He said that the U.S. needed to stimulate demand in the short run but curb its addiction to borrowing in the long run; that China needs to reduce its reliance on exports and allow its consumers to buy more and save less; and that Germany needs to wean itself off the fixation on frugality and productivity that helped it through reunification in 1990, but that now poses a threat to the economic integration of Europe.

"China wants to preserve the export-led growth strategy and on the other hand the U.S. needs the impetus of a weaker dollar. These are fundamentally incompatible objectives. Each side has become so powerful geopolitically that neither side has the levers to persuade the other to change," said Arvind Subramanian, an economist at the Peterson Institute for International Economics and the Center for Global Development.

### Capital Controls

While the majority of discussions focused on the big three – the U.S., Germany and China, some emerging economies were granted a little wiggle room. While moving toward market-determined exchange rates and shunning competitive devaluations, emerging economies such as Brazil (with increasingly overvalued exchange rates that face an undue burden of adjustment) would be justified in taking "carefully designed macro-prudential measures."<sup>119</sup> In other words, they would be allowed to use capital controls to counter capital inflows.

---

<sup>118</sup> Cf.

<http://www.reuters.com/article/idUSTRE6A80MB20101109>.

<sup>119</sup> Cf. Alex Richardson: *Factbox: Outcome of the Seoul G20 summit*, Reuters, November 12, 2010.



## Financial Regulation

Domenico Lombardi from the Oxford Institute/Brookings Institution said that "by failing to agree on numerical targets for current account imbalances, the G20 has not managed to give teeth to its peer-reviewed framework for a strong, sustainable and balanced growth, casting doubt on the credibility of this whole effort. World leaders have thus missed a chance to preemptively act together on the macroeconomic front before markets force them to do so (again). But this should not overshadow their latest, quite ambitious achievements: an agreement on Basel III and a substantial reform package for reforming the International Monetary Fund attained in a relatively short-time window."<sup>120</sup>

World leaders signed off on a Basel III agreement to raise the quality and quantity of bank capital, the centerpiece of their reforms following the global financial crisis. They also endorsed the Financial Stability Boards proposals to tighten supervision of the over-the-counter derivatives market and reduce reliance on credit rating agencies. However, the rest of the agenda was not advanced. The G20 leaders endorsed a series of broad recommendations by the Financial Stability Board to regulate banks judged "too big to fail", but with disagreements over issues such as whether such institutions should be subject to further capital surcharges, additional negotiations are needed in order to devise specific measures.

## International Monetary Fund

With regards to the International Monetary Fund, the G20 leadership endorsed a package of reforms produced by their finance ministers prior to the summit, reflecting the shift in the balance of global economic power. Under the agreement, more than 6 percent of voting shares at the IMF will shift to emerging market economies such as India and China. Global leaders said that the agreement on shifting over 6 percent of voting power will increase the Fund's credibility and effectiveness, as it mirrors the new world economic order.

## Trade

While slow-growing industrialized economies such as the U.S. want to export their way back to relative economic health, they increase the tensions over currencies and

imbalances. At the summit, the leaders made broad pledges not to pursue protectionist policies and to work toward concluding the long-stalled Doha round trade liberalization talks. In a blow to both the summit host and to President Obama, both the U.S. and South Korea failed to agree on a stalled free-trade agreement. This was mainly due to disagreements over access for U.S. carmakers to the lucrative South Korean automobile market, but nonetheless spelled a bad ending to a summit lacking in victories for President Obama.

## The Midterm Effect

The global defiance that President Obama encountered in Seoul comes down to two issues. The first was President Obama's thrashing at the polls. Seen globally as a less potent figure since his party's midterm losses, it seemed easier for world leaders to tell President Obama that they did not agree with him when the American people had just done the same. "It would be naïve to say the election results don't have an impact, because it does hurt him, I'm just not certain that if the election had been more positive for Obama, he would have done much better in winning global support for his economic views," said I.M. Destler from the University of Maryland's School of Public Policy.<sup>121</sup>

The second was the defense of the 600 billion dollar move by the U.S. Federal Reserve to buy up government bonds (which the President had no control over), rejecting critics' claims the U.S. is also waging a currency war by intentionally devaluing the dollar. This move prevented President Obama from winning international backing for his effort to pressure China to raise its currency value. While the U.S. has accused China of currency manipulation, the quantitative easing instituted by the Fed has only made President Obama's case that much more difficult.

## Conclusion

Prospects for common action are very tough at the moment and are unlikely to improve soon, as each nation is looking out for its own self-interests. The U.S. dollar has

---

<sup>120</sup> Cf. Michael Hughes: *Death of Washington Consensus*, The Examiner, November 12, 2010.

---

<sup>121</sup> Cf. Howard LaFranchi: *Why world leaders smacked down Obama at G20 summit*, Christian Science Monitor, November 12, 2010.



to stabilize, as the world's major reserve currency, and the U.S. economy must regain strength. A president in a position of power might have a better chance – unfortunately, President Obama has to play the cards he was dealt.

Stewart Patrick from the Council on Foreign Relations had this description of the G20 outcome: "Three big take-aways from the Seoul summit; First, confidence in U.S. global economic leadership continues to wane. The Fed's decision to embrace more 'quantitative easing' undercut President Obama's position at the summit. Second, the G20 is not an effective forum to pressure China, at least to date. U.S. officials had hoped to marshal support from countries hurt by an artificial undervalued yuan. But — as at the June G20 meeting in Toronto — China deftly turned the tables, joining others in attacking U.S. monetary policy. Third, internal politics — including in the United States — will constrain G20 collaboration moving forward. Barack Obama arrived in Seoul immediately after his party was trounced in mid-term elections, making his G20 counterparts skeptical of his ability to deliver on global commitments and, indeed, undermining his willingness to make bold moves that might backfire with his Democratic base of the Republican majority in Congress."

With the 2012 presidential campaign ready to start, and a Congress locked in partisan struggle, the chances for President Obama to reach a global economic agreement, let alone a compromise, look dimmer by the day.

**Kontakt:**

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
AUSLANDSBÜRO U.S.A.**

2005 Massachusetts Avenue NW  
Washington, D.C. 20036  
U.S.A.

Tel. +1 202 464 58 40  
Fax +1 202 464 58 48

[office@kasusa.org](mailto:office@kasusa.org)  
[www.kas.de/usa](http://www.kas.de/usa)